

Commer

Zentral-Organ für die Interessen
 der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
 Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
 Der Courter ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
 Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.
 Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
 am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
 Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 24.

Berlin, den 16. Juni 1912.

16. Jahrg.

Unsere Gauorganisation im 2. Halbjahr 1911.

Wiederum liegt ein Halbjahr reichlicher und ernster Arbeit auf dem weiten Organisationsgebiete unseres Industrieverbandes hinter uns. Die etwas sprunghafte Entwicklung, welche in den auf den Zusammenrücken folgenden beiden Berichtsperioden einwirkte, ist in normaler Bahn zurückgekehrt, die agitatorischen und organisatorischen Erfolge können nicht mehr so glänzend, in die Augen springende sein, aber es sind gleichwohl achtunggebietende. Dies mußte vorausgeschickt werden, um die Ergebnisse der vorliegenden Berichtsperiode richtig beurteilen zu können. Im übrigen hat auch die weiter aufsteigende Konjunktur des zweiten Halbjahres mit dazu beigetragen, der Organisation günstigen Boden zu bereiten. Dies kommt vor allem in der Entwicklung des Beitragsverhältnisses zum Ausdruck. Damit soll indessen nicht gesagt werden, daß gleichermassen wie die Konjunktur, auch überall die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kollegen bessere geworden waren. Das konnte schon darum nicht der Fall sein, weil die im 2. Halbjahre einsetzende Dürre mit ihren Folgen, wozu noch die Wirkungen der famosen Zoll- und Finanzpolitik kamen, die Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse naturgemäß herabdrückten mußten. Aber die Besserung der Konjunktur bot die Voraussetzung dafür, daß durch zahlreiche Lohnkämpfe erfolgreich ein Ausgleich geschaffen bzw. durch Eringung höherer Löhne, die wirtschaftliche Lage der Mitglieder wieder auf ein höheres Niveau gebracht werden konnte.

Unterziehen wir nun die Entwicklung unserer Organisation im 2. Halbjahr 1911 der üblichen Besprechung. Tabelle I gibt zunächst Auskunft über die agitatorische Tätigkeit der Gauenleitungen. Es wurden abgehalten 1980 Versammlungen und 4303 Besprechungen und Sitzungen. Gegen das 1. Halbjahr 1911 bedeutet dies eine Steigerung um 120 Versammlungen und 480 Besprechungen zc. Wenn wir auch einen Teil dieser agitatorischen Veranstaltungen, besonders der letzteren Art, als begründet durch die breitere Operationsbasis der Einheitsorganisation auffassen müssen, so ist doch gegen die vorige Berichtsperiode ein Fortschritt unverkennbar. In 1588 Versammlungen und 1671 Besprechungen und Sitzungen standen zur Verhandlung:

1. Geschäftl., Berichterstattung zc. 79 bzw. 459 Fälle
2. Agitator. u. organisat. Fragen 451 " 430 "
3. Lohnbewegungen 510 " 478 "
4. Lohn- u. Arbeitsverhältnisse 86 " 49 "
5. Berufsfragen, Mißstände zc. 68 " 175 "
6. Rechtsprechung und Arbeiterschutzgesetzgebung 125 " 2 "
7. Maßnahmen von Behörden und Unternehmern 6 " 12 "
8. Allgemeine Arbeiterbewegung 125 " 32 "
9. Statistik, Sozialreform und Sozialpolitik 49 " — "
10. Wissenschaftliche Themas 77 " — "
11. Verschiedene Fragen 12 " 34 "

Gruppe 3, Lohnbewegungen, steht mit 510 bzw. 478 Fällen an der Spitze. Gegen das 1. Halbjahr ist eine Erhöhung der Fälle um 111 bzw. 187 eingetreten. Man sieht auch hieraus, daß die bessere Konjunktur des 2. Halbjahres 1911 energisch zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegen ausgenutzt worden ist. An zweiter Stelle stehen als Verhandlungsgegenstände agitatorische und organisatorische Fragen. Aus der Rubrik 1 (79 bzw. 459 (1) Fälle) scheint im Vergleich zu den entsprechenden Zahlen der vorigen Berichtsperiode (146 bzw. 273) hervorzugehen, daß das rein Geschäftliche immer mehr in den Besprechungen und Sitzungen zur Erbedigung kommt, während man die eigentlichen Versammlungen für wichtigere Tagungsgegenstände reserviert. — Galt diese Entwicklung an, so ist dies im Interesse der Organisation nur zu begrüßen. Bereits diesmal sind in den Versammlungen viel mehr Fragen der Rechtsprechung und Arbeiterschutzgesetzgebung, sowie der allgemeinen Arbeiterbewegung, behandelt worden als sonst: 125 gegen 92 bzw. 125 gegen 61 Fälle im 1. Halbjahr 1911! Auch die Zahl der wissenschaftlichen Themas ist gegen das vorige Halbjahr von 54 auf 77 gestiegen und können wir nur die Gauenfunktionäre ermuntern, in der angefangenen Richtung

weiter zu arbeiten. In 40 bzw. 54 der tabellarisch aufgeführten Versammlungen sowie Besprechungen zc. standen je 2 Verhandlungsgegenstände auf der Tagesordnung. Leider müssen wir auch diesmal wieder konstatieren, daß trotz unseres letztmaligen „Winfes mit dem Kampfabl“ der Bezirk Groß-Berlin nach wie vor nur zusammenfassende Angaben über sämtliche (1) Themas seiner Veranstaltungen gemacht hat. In Frage kommen 2632 (1) von insgesamt 4303 Besprechungen und Sitzungen und 378 von 1980 Versammlungen. Im ersteren Falle könnten wir uns vielleicht die Frage vorlegen, ob es nicht besser wäre, bei einer derartigen mangelhaften Berichterstattung ganz auf die in Rede stehenden Angaben zu verzichten. — Die Zahl der Veranstaltungen, über welche überhaupt keine Themasangabe vorliegt, hat sich, soweit es sich um Versammlungen handelt, gegen das letzte Halbjahr von 7 auf 14 erhöht, dagegen kann bei den Besprechungen und Sitzungen diese Rubrik diesmal ganz in Wegfall kommen.

Ohne Bewegungen sind — nach den Halbjahresberichten der Gauenleitungen — 455 zu verzeichnen (gegen 506 im 1. Halbjahr). Obenan steht Groß-

Berlin mit 97 (66) Bewegungen. Dann folgen die Gauen 11 und 5 mit 86 (83) bzw. 52 (83) Lohnkämpfen an zweiter und dritter Stelle. In den übrigen Gauen beträgt die Zahl der Bewegungen unter 50. In konstatieren wäre noch, daß hierunter die Gauen 3, 4, 6, 8, 9, 13, 14 und 16 gegen das 1. Halbjahr in der Zahl der Bewegungen zurückgegangen sind, während die übrigen (außer Gau 7, dessen Anteil stabil geblieben ist) eine geringe Steigerung ihrer bezüglichen Ziffern aufweisen.

Am Berichtsbogen über stattgefundene Revisionen wurden 23 (11) eingekandt, von Gau 14 allein 7. Die schon so lange erwartete Wandlung zum Besseren scheint hier also endlich einzutreten. Immerhin paradien auch diesmal noch Groß-Berlin und die Gauen 2, 3, 4, 5, 7, 9, 10 und 11 durch die bekanteten schönen Striche in der Tabelle!

Endlich gibt Tabelle I noch Auskunft über die geschäftliche Tätigkeit der Gauenleitungen. Hier die Zahlen: Eingänge: 12 605 (1. Halbjahr: 11 482) Briefe und Karten, 5647 (5610). Briefschaften und Pakete und 170 (104) Depeschen. — Ausgänge: 11 770 (11 525) Briefe und Karten,

I. Bericht über die agitatorische und geschäftliche Tätigkeit im 2. Halbjahr 1911.

Gau Nr.	Gau bzw. Bezirk	Im 2. Halbjahr wurden abgehalten										Eingang			Ausgang	
		Versammlungen u. andere Sitzungen des Bezirks	Besprechungen u. Sitzungen in Gauen	Besprechungen u. Sitzungen in Gauen	Besprechungen u. Sitzungen in Gauen	Besprechungen u. Sitzungen in Gauen	Besprechungen u. Sitzungen in Gauen	Besprechungen u. Sitzungen in Gauen	Besprechungen u. Sitzungen in Gauen	Briefe und Karten	Briefschaften und Pakete	Depeschen	Briefe und Karten	Briefschaften und Pakete	Depeschen	
1	Bezirk Groß-Berlin	378	—	—	2632	—	—	97	—	6191	3747	2	4614	9911	6	
2	Ost- und Westpreußen	6	50	36	7	37	79	20	1	349	37	8	368	158	40	
3	Schlesien und Posen	20	238	87	73	169	29	12	—	892	574	29	1219	691	51	
4	Brandenburg	9	47	8	6	38	7	9	—	395	142	3	482	224	8	
5	Pommern	53	7	16	47	6	6	2	—	95	28	3	122	1050	4	
6	Königreich Sachsen	7	61	—	15	44	—	52	—	869	123	94	614	88	108	
7	Südbayern	32	85	11	46	33	4	9	2	243	143	5	295	64	26	
8	Nordbayern	18	40	—	18	35	—	9	—	168	12	—	259	28	2	
9	Thüringen und Hessen-Kassel	5	83	2	27	99	—	6	11	512	72	6	563	365	58	
10	Prov. Sachsen, Anhalt und Braunschweig	15	45	6	25	68	2	31	—	386	195	—	497	628	31	
11	Hannover, Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Mecklenburg	21	58	6	24	79	11	19	—	325	31	4	292	1520	24	
12	Bremen und Oldenburg	2	87	3	6	48	3	86	—	538	22	9	613	774	25	
13	Westfalen	10	45	—	8	16	—	26	3	210	12	—	176	77	2	
14	Rheinprovinz	20	52	12	19	45	—	7	1	290	293	—	328	422	167	
15	Rheinprovinz	28	31	8	37	65	—	12	7	330	94	2	374	873	48	
16	Hessen, Unter-Baden, Rheinpfalz und Lothringen	4	196	24	12	298	9	35	3	481	7	—	518	142	72	
	Württemberg, Ober-Baden und Elsaß	14	46	3	12	37	4	18	1	336	115	5	436	181	24	
	Zusammen	642	1166	172	3014	1117	172	455	23	12605	5647	170	11770	17184	677	

II. Die Entwicklung der Mitgliedschaften im 2. Halbjahr 1911.

Bezirk bzw. Gau	Zahl der Mitglieder	Gegen das 2. Quart. 1911		Zahl der Wochenbeiträge			Gegen das 2. Quart. 1911		Gaubetrag für das 2. u. 4. Quart. 1911					
		Zunahme	Abnahme	2. Quart. 1911	3. Quart. 1911	4. Quart. 1911	Zunahme	Abnahme						
Groß-Berlin	1	45228	45643	46935	1707	—	454295	500460	531595	77300	—	4628	26	
1	5	4826	5215	5585	759	—	51282	56299	58412	7130	—	530	26	
2	39	5637	6052	6430	793	—	62618	67691	73872	11254	—	696	26	
3	22	2482	2620	2827	345	—	27442	30400	34001	6559	—	270	26	
4	3	2975	3279	3486	511	—	31196	36806	39586	8390	—	336	26	
5	47	16497	17099	17477	980	—	194224	191111	221658	27434	—	2062	26	
6	17	7292	7741	7992	700	—	84229	91063	95683	11454	—	786	26	
7	18	3373	3628	3823	450	—	40187	43804	46674	6187	—	355	26	
8	36	3335	3561	3879	544	—	37329	40358	43834	6505	—	650	26	
9	28	6975	7204	7625	650	—	83035	86615	94550	11515	—	741	26	
10	21	2087	2204	2328	241	—	24423	26760	28447	3984	—	354	26	
11	31	41466	42908	43043	1577	—	418331	446160	431387	62056	—	4289	26	
12	20	11620	11903	12865	1245	—	129920	135721	151066	21146	—	1263	26	
13	17	3128	3354	3687	559	—	34432	36138	40749	6317	—	346	26	
14	14	3875	4517	4810	935	—	41976	47553	51151	9175	—	525	26	
15	26	5940	6656	7223	1283	—	64723	74639	81639	16916	—	689	26	
16	14	3318	4091	4330	1012	—	34953	42011	49592	14549	—	405	26	
Blumenchiffer	3	8023	7850	10904	2881	—	88822	84463	116718	27896	—	838	26	
Zusammen	362	392	178077	185525	195249	17172	—	1903417	2038734	2240484	337067	—	19871	17

III. Durchschnittszahlen der eingegangenen Wochenbeiträge pro Mitglied.

Table with columns: Bezirk, bezw. Gau, Jahresdurchschnitt (pro 1909, 1910, 1911), 1. Quartal, 2. Quartal, 3. Quartal, 4. Quartal. Rows include Groß-Berlin (1-16), Innenschiffer, and Durchschnitt pro Mitglied.

IV. Zusammenstellung der Gau-Einnahmen und Ausgaben.

Table with columns: Bezirk, bezw. Gau, Gesamtkosten (1. Halbjahr, 2. Halbjahr), Gaubeitrag (1. Halbjahr, 2. Halbjahr), Die Hauptkasse zahlte pro: (1. Halbjahr, 2. Halbjahr), Die Hauptkasse zahlte pro Wochenbeitrag: (1. Halbjahr, 2. Halbjahr), Der Ueberschuss betrug (1. Halbjahr, 2. Halbjahr). Rows include Gr.-Berlin (1-16), Innenschiff., and Summary.

V. Gegenüberstellung der Mitglieder- und Beitragsziffern des 4. Quartals 1910 und 1911.

Table with columns: Bezirk, bezw. Gau, Mitgliederzahl (1910, 1911), Zunahme, Abnahme, Beitragsziffer (1910, 1911), Zunahme, Abnahme. Rows include Groß-Berlin (1-16), Innenschiffer, and Zusammen.

17 184 (13 820) Drucksachen und Paete und 677 (574) Depeschen bezw. Telefongespräche. Die Zahlen haben sich also durchweg, zum Teil beträchtlich, erhöht. Auch aus dieser gesteigerten geschäftlichen Inanspruchnahme der Gaufunktionäre geht wohl hervor, daß das 2. Halbjahr 1911 sehr fruchtbringend für die Zweier-

effen der Organisation gewesen ist. Tabelle 2 gibt Auskunft über die Entwicklung der Mitgliedschaften nach der Zahl der Verwaltungsstellen, Mitglieder und Wochenbeiträge, sowie der Summe des Gaubeitrags, in der Berichtsperiode.

Konnten wir letztmalig ein Plus von 14 Verwaltungsstellen = 4,0 pCt. konstatieren, so diesmal mehr als das Doppelte: 30 Verwaltungsstellen = 8,3 pCt. Zunahme!

Die Mitgliederzunahme mußte sich naturgemäß im Vergleich zu der des vorigen Berichtszeitraumes in etwas ruhigeren Bahnen bewegen; sie beträgt insgesamt 17 172 Personen = 9,6 pCt. (gegenüber 16,4 pCt. unserer letztmaligen Besprechung). Der vorausgegangene Zeitraum ist also infolge der Nachwirkungen des Zusammenschlusses zu Vergleichen nicht recht geeignet. Wir beschränken uns darum darauf, in einigen markanten Fällen bei dem Nachstehenden die in Frage kommenden Ziffern in Klammern beizufügen. Gegenüber dem 2. Quartal 1911 haben ihre Mitgliederzahl erhöht die Gruppe Innenschiffer um 35,9 (23,3)

und Gau 16 um 30,5 (43,4) pCt. An 3. und 4. Stelle folgen die Gauen 14 und 15 mit 24,1 (32,2) bzw. 21,6 (16,7) pCt. Die übrigen Gauen bilden mit unter 20 pCt. Mitgliederzunahme (gegen das 1. Halbjahr) folgende Reihe: 13: 17,8 pCt., 4: 17,2 pCt., 8: 16,3 pCt., 1: 15,7 pCt. (53,4 pCt.), 2: 14,1 pCt., 3: 14,0 pCt., 7: 13,3 pCt., 10: 11,5 pCt., 12: 10,7 pCt., 6: 9,6 pCt., 9: 9,3 pCt., 5: 5,9 pCt., Groß-Berlin 3,8 pCt. (14,7 pCt.) und 11: 3,8 pCt. (17,6 pCt.). Die in Klammern beigefügten Zahlen bestätigen die teilweise recht sprunghafte Entwicklung des 1. Halbjahres und somit das Vorhergesagte. Erst wenn wir unseren Bericht an die Ergebnisse eines halben bezw. ganzen Jahres ruhiger Entwicklung anschließen können, was in der nächsten Berichtsperiode der Fall sein wird, werden sich weitere Schlussfolgerungen ziehen lassen. An dem Gesamtplus ist zunächst die Gruppe Innenschiffer mit 16,8 pCt. beteiligt. In weitem Abstande folgen dann: Groß-Berlin: 9,9 pCt., 11: 9,2 pCt., 15: 7,5 pCt., 12: 7,2 pCt., 16: 5,9 pCt., 13: 5,7 pCt. und 14: 5,4 pCt. Die übrigen Gauen bleiben mit ihrem prozentualen Anteil unter 5 pCt. und zwar in der Reihenfolge: Gau 2, 1, 6, 9, 13, 8, 4, 7, 3 und 10.

Bezüglich der Wochenbeiträge mußten wir im 1. Halbjahr feststellen, daß ihre Zahl nicht ganz dem Mehr an Mitgliedern entsprach. Diesmal hat sich — von einigen Ausnahmen abgesehen — das Verhältnis

geändert. Insgesamt ergibt sich gegen das 2. Quartal 1911 eine Steigerung um 337 067 = 17,7 pCt. Wochenbeiträge, gegen 11,2 pCt. der vorigen Berichtsperiode! An der Spitze steht Gau 16 mit 41,6 pCt. und an zweiter Stelle die Gruppe Innenschiffer mit 31,4 pCt. Beitragsgewinn gegenüber dem 2. Quartal 1911. Zwischen 20 und 30 pCt. an mehrgesteigerten Wochenbeiträgen weisen auf die Gauen 4, 15, 3 und 14 mit 26,9, 26,1, 24,0 und 21,9 pCt. Für die übrigen Gauen ergibt sich diese Rangordnung: 13: 18,3, 2: 18,0, 8: 18,0, Groß-Berlin: 17,0, 12: 16,3, 10: 16,3, 7: 16,1, 11: 15,1, 5: 14,1, 1: 13,9, 9: 13,9 und 6: 13,6 pCt. Von dem Gesamtplus an 337 067 Wochenbeiträgen entfallen auf Groß-Berlin 22,9 pCt. und Gau 11: 18,7 pCt. In weiterem Abstande folgen dann die Gruppe Innenschiffer mit 8,3 und die Gauen 5, 12 und 15 mit 8,1, 6,2 und 5,0 pCt., während der Rest mit Anteilen unter 5 pCt. partizipiert. Auch hinsichtlich der Wochenbeiträge sind im Vergleich zu der vorigen Berichtsperiode derartige Verschiebungen eingetreten — aus denselben Gründen — daß es geradezu verfehlt wäre, hieran zurzeit weitergehende Schlussfolgerungen irgend welcher Art knüpfen zu wollen. Das wird — unter der Voraussetzung stetiger ruhiger Entwicklung — auch erst das nächste Mal möglich sein.

Da sich im Vergleich zur Steigerung der Mitgliederziffer die Wochenbeitragsleistung des 2. Halbjahres im allgemeinen günstig entwickelte, so muß dieses Verhältnis auch in Tabelle 3: Durchschnittszahlen der eingegangenen Wochenbeiträge pro Mitglied zum Ausdruck kommen. Zunächst hat sich der Gesamtdurchschnitt von 10,7 im 2. Quartal 1911 auf 11,5 am Jahresabschluss erhöht. Bereits das 3. Quartal brachte eine Steigerung desselben um 0,3. Dem Gesamtdurchschnitt gleich steht die Verhältniszahl des Gaus 2. Ihnen nahezu erreicht haben die Gauen 4 und 16 mit 11,4, Groß-Berlin, Gau 8 und 15 mit 11,3. Weiter unten demselben stehen die Gauen 11 und 13 mit 11,2 und 11,1. Während aber in allen diesen Fällen gegen die vorige Berichtsperiode eine Erhöhung des Durchschnitts erfolgt ist, sind die nachstehenden Gauen — welche ebenfalls Verhältniszahlen unter dem Gesamtdurchschnitt aufweisen — bezüglich ihrer Ziffern zurückgegangen, und zwar: Gau 1 von 10,6 auf 10,5, Gau 14 von 10,8 auf 10,6 und die Gruppe Innenschiffer von 11,1 auf 10,7. Das sind die drei Ausnahmen, in welchen die Entwicklung des Beitragsverhältnisses mit der Steigerung der Mitgliederzahl nicht gleichen Schritt gehalten hat. In den übrigen, noch nicht erwähnten Gauen übersteigt die durchschnittliche Beitragsleistung den Gesamtdurchschnitt von 11,5 zum Teil recht beträchtlich, was im einzelnen aus der Tabelle zu ersehen ist. Jedenfalls geht die günstige Entwicklung des Beitragsverhältnisses auch aus der Gegenüberstellung der Jahresdurchschnitte pro 1909, 1910 und 1911 hervor. Hiernach hat sich beispielsweise der Gesamtjahresdurchschnitt von 42,9 über 43,9 auf 44,2 (!) erhöht. Da die Behandlung dieser Entwicklung im einzelnen Aufgabe des Jahrbuchs ist, erübrigt es sich wohl, an dieser Stelle näher darauf einzugehen.

Tabelle 4: Zusammenstellung der Gaueinnahmen und Ausgaben, zeigt zunächst, daß eine Erhöhung der Gaueinnahmen von 63 592,49 M. auf 65 170,86 M. stattgefunden hat, was hauptsächlich auf Konto der Gauen 5, 15 und der Mitgliedschaft Innenschiffer zu setzen ist. In den Gauen 2, 8, 11, 14 und 16 hat eine zum Teil bemerkenswerte Ermäßigung der Ausgaben stattgefunden. Da auf der anderen Seite auch die Summe der abgeführten Gaubeiträge von 17 829,15 M. auf 19 871,17 M. gestiegen ist, konnte der Hauptkassenzufluß von 45 763,34 M. auf 45 299,69 M. zurückgehen. Dies ist zwar nicht beträchtlich und kann es schon aus dem Grunde nicht sein, weil bis dato erst zwei Gauen, Groß-Berlin und Gau 11, in der Lage sind, ihre Unkosten aus eigenen Mitteln zu decken. Beide haben sogar einen kleinen Ueberschuß aus den Gaueinnahmen erzielt, Gau 11. erstmalig! Im Interesse des Kampffonds der Organisation wäre es zu wünschen, daß in absehbarer Zeit möglichst jeder Gau sekundär auf eigenen Füßen stehen könnte. Pro Wochenbeitrag betrug die Belastung der Hauptkasse im Gesamtdurchschnitt 1,1 Pf., gegen 1,2 Pf. im 1. Halbjahr 1911 und 1,3 Pf. im 2. Halbjahre 1910. Es hat also nach dieser Richtung hin eine geringe, aber stetige Besserung stattgefunden. Im einzelnen kommt dasselbe Verhältnis auch bei den Gauen 1, 2, 4, 7, 10, 12, 14 und 16 zum Ausdruck, in den übrigen — abgesehen von Groß-Berlin und Gau 11 — sind Schwankungen zu verzeichnen.

Nach Tabelle 5 haben wir nun noch die Mitglieder- und Beitragsziffern der beiden 4. Quartale 1910 und 1911 einer Betrachtung zu unterziehen. Innerhalb dieses Zeitraumes von einem Jahre hat sich der Gesamtmitgliedsbestand um 42 295 = 27,6 pCt. erhöht (gegenüber 70,3 pCt. des vorigen Berichtszeitraumes!). Die Gesamtbeitragsziffer ist um 528 529 = 30,9 pCt. in die Höhe gegangen (vorige Periode: 64,1 pCt.). Schon diese Zahlen beweisen, daß beide Zeiträume — da in ersteren der Zusammenschluß der drei Bruderverbände fällt — naturgemäß erst recht nicht miteinander in Vergleich gesetzt werden können, d. h., soweit irgendwelche Schlüsse bezüglich der Entwicklung der Mitgliedschaften etc. gezogen werden sollten. Wir beschränken uns daher auch hier auf eine einfache Konstatierung der Ergebnisse. An dem Gesamtplus von 42 295 Mitgliedern sind beteiligt Gau 11 mit 13,4 und Groß-Berlin mit 17,8 pCt. Die Gruppe Innenschiffer steht mit 10,4 pCt. an dritter Stelle. Es folgen die Gauen 5, 1, 12 und 15 mit 6,5 pCt., 5,8 pCt., 5,3 pCt. und 5,0 pCt., während die Anteile der übrigen unter 5 pCt. betragen. An dem Mehr von insgesamt 528 529 Wochenbeiträgen haben

zunächst Gau 11 und Groß-Berlin mit 20,4 bzw. 17,6 pCt. Anteil. In größerem Abstande folgen die Gruppe Binnenschiffer, Gau 5 und 12 mit 9,3 pCt., 8,4 pCt. und 6,1 pCt., während die Anteile der übrigen 5 pCt. nicht überschreiten. Sehen wir die Entwicklungsergebnisse hinsichtlich der Mitgliederbewegung in Beziehung zum 4. Quartal 1910, so ergibt sich folgende Rangordnung: Gau 16: 88,5 pCt., 1: 77,5 pCt., Gruppe Binnenschiffer: 67,5 pCt., Gau 14: 64,1 pCt., 13: 53,9 pCt., 15: 41,8 pCt., 8: 40,5 pCt., 7: 29,1 pCt., 4: 27,5 pCt., 3: 26,7 pCt., 2: 24,2 pCt., 6: 24,1 pCt., 11: 22,0 pCt., 9: 21,8 pCt., 12: 21,1 pCt., Gau-Berlin: 19,1 pCt., 5: 18,7 pCt. und 10: 18,2 pCt. Der Beitragsgewinn gegenüber dem 4. Quartal 1910 ergibt folgende Reihe: Gau 16: 98,1 pCt., 1: 73,3 pCt., Binnenschiffer: 72,9 pCt., 14: 59,8 pCt., 13: 44,0 pCt., 15: 41,5 pCt., 8: 37,6 pCt., 7: 37,0 pCt., 2: 33,0 pCt., 4: 30,4 pCt., 3: 29,7 pCt., 11: 28,7 pCt., 12: 27 pCt., 5: 25,2 pCt., 6: 23,7 pCt., Gau-Berlin: 21,1 pCt., 9: 19,5 pCt. und 10: 17,5 pCt.

Sonstige die Agitation bzw. Organisation betreffende wichtige Vorkommnisse in den einzelnen Gauen während der Berichtsperiode sind kurz folgende:

In Gau 3 schloß sich am 15. November 1911 der nationale (!) Kutscher- und Arbeiterverein von Lübben unserem Verbande an. Ein Versuch zur Streikbewegung der Versammlungsfreiheit auf Grund des Reichsvereinsgesetzes wurde in Belken gemacht. Jedoch sprach das Gericht den betreffenden Kollegen in erster und zweiter Instanz frei.

Sehr erschwert wird die Agitation noch immer im Gau 4. Neue Verwaltungsstellen konnten dort auch im 2. Halbjahre 1911 nicht gegründet werden, weil bekanntlich nur wenig größere Orte in Frage kommen und in diesen der Fabrikarbeiterverband bereits alles organisiert hat. So sind beispielsweise in Kolberg zirka 60 Hafenarbeiter und 40 Speichereiarbeiter Mitglieder in oben genanntem Verband. Das dortige Gewerkschaftskartell steht auf dem Standpunkt, unsere Organisation brauche hier nicht Eingang zu finden, weil dann nur noch mehr Grenzstreitigkeiten entstehen würden!

Im Gau 6 sind die schärfsten Gegner noch immer die „Christlichen“. Nicht im offenen und ehrlichen Wettstreit treten sie mit uns in die Schranken, sondern von hinten herum und mit den allerschlechtesten Mitteln suchen sie die Kollegen zu tödnen und auf den schwarzen Teufel zu locken. Doch während unsere Organisation sich hier ausgezeichnet entwickelt, können die „ehrlichen Brüder in Christo“ nicht auf den grünen Zweig kommen. Ehrlich währt am längsten!

Im Gau 7 sind gute Verbindungen vorhanden, welche die Gründung einer Reihe weiterer Verwaltungsstellen ermöglichen werden. Nur in der Oberpfalz will es nicht recht glicken, festen Fuß zu fassen und namentlich Weiden ist das Schmerzenskind! Nicht, weil die Mitglieder im großen und ganzen flau wären, sondern vorwiegend deswegen, weil keine unabhängigen Leute zur Entfaltung der Agitation vorhanden sind. Die Verherstattung der Ortsverwaltungen an den Gauborstand ließ auch in der Berichtsperiode noch zu wünschen übrig, doch dürften die Funktionäre infolge der jahrelangen Monotonien endlich einmal davon überzeugt werden, daß hierin im Interesse einer einwandfreien Statistik Wandel geschaffen werden muß!

Im Gau 10 sind die Verhältnisse noch nahezu dieselben wie in der vorigen Berichtsperiode, namentlich bezüglich der Straßenbahner und Eisenbahner. Indessen sind Anzeichen dafür vorhanden, daß der für

uns günstige Ausfall der Wahlen auch diesen Kollegen die Augen öffnet und sie erkennen läßt, daß nur mit Hilfe einer starken Organisation ihre teilweise recht traurige Lage verbessert werden kann.

Aus den übrigen Gauen bzw. Bezirken lassen sich wesentlich neue Vorkommnisse oder in die Erscheinung tretende Entwicklungsmomente nicht berichten. Immerhin ist es zu begrüßen, daß ein Teil der Gauleiter bereits dazu übergegangen ist, regelmäßig mit den halbjährlichen Fragebogen über die „Tätigkeit der Gau- und Ortsvorstand“ kurze Situationsberichte einzusenden, welche alle wichtigen Vorfälle etc. im Gau während des zu Bericht stehenden Halbjahres beleuchten. Soweit einzelne Gauleiter bisher nur Jahres-Situationsberichte eingekandt haben, wird es im Interesse des allgemeinen Teils unserer Halbjahresrevuen liegen, wenn sie sich ebenfalls den ersteren Modus zu eigen machen.

Uebersichten wir noch einmal das Gesamtergebnis unserer Vespreehung, so können wir wohl konstatieren, daß wir wieder ein gutes Stück auf dem uns vorgezeichneten Wege weiter gekommen sind. Doch das soll uns nur zu erneuter ernster Tätigkeit anspornen. Noch Tausende unserer Berufskollegen seufzen unter brutaler, kaum zu ertragender Knechtschaft, unter völlig unzureichenden Löhnen und menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen, während träge Drohnen der Gesellschaft das von fleißigen Händen aufgespeicherte Gut verprassen oder egoistisch alle Kulturerrungenschaften der Menschheit in ihren eigenen Dienst stellen wollen. Dazu kommt, daß durch fortgesetzte Aussperrung großer Arbeitermassen — selbst aus den geringstlugigsten Ursachen heraus — das kollierte Unternehmertum versucht, die Organisationen der Arbeiter letzten Endes gänzlich zu zertrümmern und — da man die Hoffnung aufgeben muß, dies auf dem eingeschlagenen Wege zu erreichen — den Staat mobil machen möchte. Daher die immer lauter und dringlicher sich erhebenden Verzweiflungsschreie der Scharmacher nach Ausnahme- und Zuchtstrafgesetzen, welchen die Regierung mit dem Entwurf eines Strafgesetzbuches, dessen Annahme die völlige Illusionsmache des Koalitionsrechtes bedeuten würde, bereits Rechnung getragen hat! Es gilt also, auf der Hut zu sein! Wenngleich unsere Gesamtsituation und jeder einzelne an dem weiteren Auf- und Ausbau unserer verhältnismäßig noch jungen Einheitsorganisation nach besten Kräften mitgearbeitet haben, so muß doch auch diesmal wiederum die Parole sein, nicht zu rasten und zu ruhen, ehe auch der letzte uns noch fernstehende Berufskollege dem Verbande zugeführt worden ist!

Die Lehren der neuen Automobilstatistik.

II.

Die Herren um Stroffer, denen der Mensch erst beim Pferde anfängt und die allen Menschen gram sind, die in den „Kosappels“ nicht die schönste Tierbeide der StraÙe erblicken, kurren selbstzufrieden: die Automobilunfalle haben zugenommen. Ihr Haß gegen den Automobilsimus ist so groß und dabei ihr Spagenhirn so klein, daß sie in arge Schwulstigkeiten gekommen wären, wenn die Automobilstatistik ihnen diese Waffe nicht gegeben hätte. Nun kann die frisch-freche HeÙe gegen diese „Degenerierten“, die das Pferd degradieren wollen, mit frischen Kräften

aufgenommen werden. Wohlverstanden, wenn die „Kreuzzeitung“ kürzlich eine Epistel gegen den Automobilsimus losließ, so kann man auf völlig entgegengelegtem Boden stehen, wie z. B. wir, kann sich aber die lachlerlich aufgedommerte Entzufung der Kreuzgottes amüsieren und muß ihren Perennitaden in manchen Punkten doch ein Strichen Wahrheit zugeben. Freilich, um diese Strichen unter dem Fundament zu suchen und finden, gebort Geduld und Fleiß — und wenn man sie gefunden hat, merkt man, daß es nicht der MuÙe wert war, sie zu suchen. Wir gehen deshalb nicht näher darauf ein, betonen möchten wir nur, daß eine Allweltsautomobilzeitung eine ebenso kurzweilige wie langhaarige Entgegnung vom Stapel ließ, und daß wir uns mit einer solchen Verteidigung des Automobilsimus, eine Verteidigung sans phrase, nicht einverstanden erklären. Zwischen diesen Verteidigern des Automobilsimus und uns müssen wir einen tiefen, unüberbrückbaren Graben ziehen. Es heiÙe den Automobilsimus ins Uebermenschliche steigern, wollten wir ihn als matellos hinstellen, wollten wir ihn frei von allen jenen Fehlern erklären, die sonst jedem Menschenwert anhaften. Bei einer solchen sans phrase-Verteidigung, wie sie das Allweltsautomobilblatt betreibt, kann es keinem ernstlichen Menschen verborgen bleiben, daß diese Verteidigung weniger dem Automobilsimus gilt als dem reichen Wagenbesitzer. Wir haben den Automobilsimus nicht zu schützen, unsern Schutz lassen wir einzig den Chauffeuren zugute kommen — und nur, wo die Interessen beider konform gehen, da verteidigen wir Automobilsimus und Chauffeure.

Die „schädigenden Ereignisse“ haben im letzten Jahre also zugenommen, schneller zugenommen als die Zahl der Kraftfahrzeuge. Nachstehende Gegenüberstellung gibt darüber Aufschluß:

Berichtszeit	Zahl der Unfälle	Die Steigerung beträgt absolut	Die Steigerung beträgt v. Hundert	Zahl der Kraftfahrzeuge	Steigerung absolut	Steigerung von Hundert
1907/08	5069	—	—	41 727	—	—
1908/09	6063	994	19,6	49 941	8 214	19,7
1909/10	6774	711	11,7	57 805	7 864	15,7
1910/11	8431	1657	24,2	70 006	12 201	21,1

In dem Zeitraum 1907/08 bis 1910/11 ist die Zahl der Unfälle um 3362 — 66,3 pCt. gestiegen, während die Zahl der Kraftfahrzeuge in der Zeit vom 1. Januar 1908 bis 1. Januar 1912 um 28 279 — 67,5 pCt. zunahm. Beide Steigerungen halten sich also ziemlich die Waage, erhebend ist das gerade nicht. — Von den 8431 „schädigenden Ereignissen“ wurden 7454, d. i. 88,4 pCt. von Personenkraftfahrzeugen verursacht, und 925, d. i. 11 pCt. von Lastkraftfahrzeugen. Die Lastkraftfahrzeuge steigerten ihren Anteil an den Unfällen von Jahr zu Jahr, wie aus Tabelle I hervorgeht, doch geht bekanntlich auch der Anteil der Zahl der Lastkraftfahrzeuge an der Gesamtzahl zu.

Die Unfälle waren begleitet von Sachschaden in 4426 Fällen, (1909/10: 3395, 1908/09: 3327), von Personenschaden in 2252 Fällen (1935, 1935), und von Personenschaden und Sachschaden in 1753 Fällen (1444, 1151). Verletzt wurden 311 Führer, 702 Insassen und 3249 „dritte“ Personen. Insgesamt wurden verletzt in den letzten drei Erhebungsperioden von 1911 rückwärts: 4262, 3651 und 2945. Die Zahl der getöteten Personen betrug 343 gegen 278 und 194 in den vorhergehenden Berichtsperioden. Die HoÙe des Sachschadens betrug schätzungsweise 1 788 830 Mk. (1 220 950 Mk.). Die Arten der Verletzungen hier aufzuzählen, erlubigt sich, so

Kulturbestrebungen der Arbeiterschaft.

Der langsame Aufstieg der Arbeiterschaft aus der Nacht der tiefsten Not, des Elends, der Erniedrigung jeder Art zu einem menschenwürdigen Dasein, ist auch begleitet von einer Wandlung der Vergnügungen, der Art der Erholung, der sich der Proletarier in seinen Freistunden hingibt. Wildete früher allgemein und bildet heute noch in zurückgebliebenen Gegenden das Wohnhaus den einzigen Anziehungs- und Lichtpunkt im Leben des Arbeiters, der auch bei sommerlichen Spaziergängen das eigentliche Ziel darstellt, so wendet sich heute die durch ihre Organisationen auf eine höhere Stufe gehobene Arbeiterschaft anderen, besseren Daseinsgrunden zu. Kunst, Wissenschaft, Sport halten allmahllich ihren Einzug in das Leben des Arbeiters, geben ihm einen reicheren, schöneren Inhalt und tragen einen guten Teil zur körperlichen und geistigen Regenerierung der Arbeiterklasse bei.

Unser Nachbarland Oesterreich steht mit an der Spitze dieser Entwicklung. In einem sehr interessanten Artikel in den „Documenten des Fortschritts“ gibt Georg Schmießl eine Uebersicht über die der körperlichen und schöngeistigen Ausbildung dienenden Bestrebungen der oesterreichischen Arbeiterschaft. Beginnen wir mit dem Sport. Da gibt es zunächst 200 Radfahrervereine mit 7000 Mitgliedern, die in einem Bunde organisiert sind, der 26 000 Kr. Jahreseinnahme hat und seine Mitglieder gegen Unfall, Diebstahl des Rades, Grenzüberschreitung usw. versichert hat. Der Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“ besitzt 147 Ortsgruppen, darunter 85 in Oesterreich (28 in Deutschland). Der Verein, der insgesamt 15 000 Mitglieder umfaßt, führt Wegbauten und Markierungen durch, errichtet Schutzhuser und hat in seinen Ortsgruppen zum Teil ansehnliche Schätze an Büchern, Karten, Lichtbildern und Ausstellungsobjekten angeammelt. Die Wiener Ortsgruppe mit 4800 Mitglieder besitzt z. B. 4000 Lichtbilder. In viele Ortsgruppen haben sich Abteilungen für Wintersport, Photographie, Naturwissenschaften angeschloßen; auch werden Ausflüge von Kindern und Schulerreisen veranstaltet.

Die so gesunde Kunst des Schwimmens wird von dem „Arbeiter-Schwimmverein in Wien“ gepflegt, der 800 männliche, 120 weibliche und 90 jugendliche Mitglieder zählt. Der Verein plant die Errichtung eines Strandbades und eines Kinderferienheims. Der altste Arbeitersport ist vielleicht die Turnerei. Der „Oesterr. Arbeiter-Turnerbund“ umfaßt 237 Vereine mit 12 470 Mitgliedern, unter denen auch eine Anzahl Frauen sich befindet.

Ganz gewaltig ist die von der Arbeiterschaft geleistete Bildungsarbeit. Im Jahre 1908 schuf sich die Wiener Arbeiterschaft eine eigene Organisation für diesen Zweck, der 344 Vereine mit 87 743 Mitgliedern angehören. Es wurden 34 Zyklen mit 2492 Teilnehmern, 71 Unterrichte mit 2696 und 3213 Einzelvorträge mit 70 000 Besuchern abgehalten. Auch in der Provinz wurden 121 Zyklen mit 3460 Teilnehmern abgehalten, auÙerdem 235 Einzelvorträge. Die Organisation gibt ein eigenes Blatt heraus: „Die Bildungsarbeit“, das in einer Auflage von 2150 Exemplaren erscheint. Allein über Gesundheitspflege wurden 100 Vorträge abgehalten, die 7500 Zuhörer fanden. In 70 Kursen wurden die verschiedenen Arten der Kurzschrift gelehrt. Aber die Arbeiterschaft bildet auch die Majorität der Teilnehmer an den nicht nur aus ihren Reihen hervorgegangenen Bildungsbestrebungen. Sie stellen zu der Besucherzahl des Wiener „Volkshilfsvereins“ 30 Prozent. Von den 2000 Hörern der Volkshilfsuniversitat waren sogar 80 pCt. Vertreter der arbeitenden Klassen. Dieses in Bezug auf Organisation und Bekehrung in ganz Europa einzig dastehende Institut vermittelt beginnend mit den Elementarkenntnissen das höchste Wissen auf allen Gebieten, der Wissenschaft und zum Teil auch der Kunst (Malen, Modellieren). Endlich ist auch noch der von der Wiener Universität veranstalteten „volkstümlichen Universitatskurse“ zu gedenken, von deren 16 975 Teilnehmern der letzten 10 Jahre 51 Prozent Arbeiter waren, während das Verhältnis bei den in der Provinz veranstalteten Kursen sogar ein noch günstigeres war. Endlich kommen wir noch zu den rein künstlerischen Bestrebungen. Gesangsvereine gibt es 299,

die 7600 Mitglieder zählen und in deren Musikaufführungen, die von Tausenden von Arbeitern besucht werden, die besten Werke der Musikliteratur zur Wiederergabe gelangen. Ferner hat ein Komitee es sich zur Aufgabe gemacht, vier bis fünfmal im Jahre klassische Konzerte mit den besten Kräften zu veranstalten. Die im großen Musikvereinsaal in Wien abgehaltenen Musikfeste wurden im verfloßenen Jahre von 10 300 organisierten Arbeitern besucht. Endlich ist noch die „Freie Volkshilfsbühne“ zu nennen, deren 14 000 Mitglieder fast zur Hälfte Arbeiter sind und die allwöchentlich in 4 Schutzhusern gute Aufführungen klassischer und moderner Stücke, auÙerdem auch in jeder Saison eine Anzahl guter Konzerte bringt. Auch die „Arbeiterheime“ selbst veranstalteten Vorstellungen, die im abgelaufenen Jahre von 100 000 Personen besucht wurden.

Und dieses große Bildungswerk der oesterreichischen Arbeiterschaft beginnt schon bei der Jugend. 10 000 jugendliche Arbeiter sind in 170 Ortsgruppen vereinigt, deren Hauptaufgabe die künstlerische und wissenschaftliche Erziehung ihrer Mitglieder ist. So veranstalteten die 20 Wiener Ortsgruppen im Jahre 1910 368 Vorträge und 10 Exkursionen in öffentliche Institute mit 22 704 Teilnehmern. Im Winter finden künstlerische Gesamtveranstaltungen für alle Ortsgruppen statt; auÙerdem wird den jungen Leuten Gelegenheit gegeben, die Vorstellungen der „Freien Volkshilfsbühne“ und sogar die des Hofburgtheaters zu besuchen, wofür letztjährig 4400 Karten zur Verfügung standen.

Muß aus dieser Jugend, der eine gute wissenschaftliche Kost, der die besten Konzerte und Theateraufführungen geboten werden, die durch den Besuch von Museen und Ausstellungen ihren künstlerischen Geschmack bildet und auÙerdem in allerlei Sportvereinen sich einen gesunden Körper zu gesunder Seele schafft, nicht ein neues, höheres Arbeitergeschlecht erwachsen, das den Kampf um seine endgültige Emancipation mit ganz anderen Waffen aufnimmt, als die durch Not und Unwissenheit degenerierten Arbeitergeschlechter früherer Zeiten?

Tabelle 1. Schädigende Ereignisse beim Betriebe mit Kraftfahrzeugen in der Zeit vom 1. Oktober 1910 bis zum 30. September 1911.

Table with 16 columns: States, Vehicle types, and various accident categories. Rows include Prussia, Saxony, Bavaria, etc., and summary rows for the Reich and percentage shares.

sind zu vielfältig, um hier angeführt zu werden. Wir müßten schon ein ganzes Krankenhaus-Journal abdrucken, so reichhaltig sind die aufgeführten Arten der Verletzungen.

Bei der Untersuchung über die Ursachen der 'schädigenden Ereignisse' bleibt die Statistik, wie nicht anders zu erwarten, an Unvollkommenheiten hängen. Sie gibt nur die unmittelbare Ursache wieder, ohne zu forschen, ob diese 'Ursache' nicht eigentlich die Wirkung einer anderen Ursache war.

glücks angesehen, während sie die Wirkung haben sollte, das Unglück abzuwenden. Mehr als einmal haben Gerichte entschieden, daß es nicht auf die Schnelligkeit des Automobils während des Augenblicks ankomme, wo es beobachtet würde, sondern auf die Durchschnittsgeschwindigkeit.

Auf 'nasses oder schlüpfriges Straßenpflaster, ausgefahrene Chauffeure etc.' sind in der letzten Berichtsperiode 293 Unfälle zurückgeführt. Die Klage des Prinzen ist also verständlich.

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Vor einiger Zeit hatten die 'fliegenden Blätter' eine satyrische Anwendung; wir fanden dort folgendes Martell: O Wanderer, siehe still und schau' Die Kurve an. — Hier hat ein Automobilist so ungeschicklich...

Leider hat der Verfasser nicht einmal recht: In Preußen-Deutschland können zehn Chauffeure an einer Stelle 'ins Gras gebissen' haben, deshalb wird noch lange keine Warnungstafel aufgestellt. Sind es auf den Landstraßen ausgefahrene Stellen, gefährliche Kurven, so birgt die Großstadt andere Gefahren.

Ein Kuriosum: In unserer Tabelle 1 heißt es: Die schädigenden Ereignisse sind zurückzuführen: in Kolonne 6 u. a. auf Unterlassen des Supersignals und in Kolonne 7 u. a. auf vor schriftwidriges Verhalten.

Die Schlußseite sind durch die Vorchrift ja dazu gezwungen und die Polizei als Institution wird von ihrer 'Praxis' niemals abweichen, weil sie ja durch eine möglichst große Zahl von Anzeigen ihre Unentbehrlichkeit beweisen muß.

Und dieses Urteil lautet: Muster ohne Wert. Auf die weiteren Ergebnisse der Statistik gehen wir in einem Schlussartikel ein.

Das Ende der christlichen Gewerkschaften.

Schon im vorigen Jahre haben wir über sichere Anzeichen berichtet, daß der Papst in dem Streit zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Arbeitervereinen ein Machtwort der Entscheidung sprechen werde. Er hat es jetzt getan, und zwar dadurch, daß er die katholischen Arbeitervereine der Berliner Richtung ausdrücklich anerkannt und belobt, während er die auf interkonfessioneller Grundlage errichteten christlichen Gewerkschaften, die Hauptträger der Kölner Richtung, ausdrücklich mißbilligt und für falsch erklärt.

Am dritten Pfingsttage hielt, wie jedes Jahr, der Verband katholischer Arbeitervereine seine Tagung in Berlin ab. Der Pfarrer Meyer teilte dabei nach dem Bericht der „Germania“ mit, daß er soeben aus Rom vom Papst komme, dem er die Huldigungsadresse des Verbandes zu Füßen gelegt habe. Der Papst hatte darauf geantwortet:

„Ich kenne Euere Grundsätze und Euere Bestrebungen und besonders auch die Differenzen zwischen Euere Organisation und anderen. Euch liebe ich, Euch billige ich, Euch erkenne ich an (vos approbo), und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle Euere Grundsätze sich zu eigen machen mögen. Die anderen billige ich nicht (reprobo); ich verdamme sie nicht; denn es ist nicht meine Sache, zu verdammen; jedoch ihre Grundsätze, welche falsch sind, kann ich nicht anerkennen (approbare non possum).“

Wenn die wirtschaftliche Seite des Lebens von der Religion getrennt wird, so, daß dieselbe nicht den ganzen Menschen und die ganze Organisation durchdringt (compenetret), so müssen sich daraus traurige Folgen (consecutae) ergeben. Wenn man nämlich die Religion von einer Betätigung des Lebens ausschließt, zum Beispiel von den wirtschaftlichen Bestrebungen, so wird sie bald auch von anderen auf das praktische Leben gerichteten Fragen ausgeschlossen werden, und so wird man bald zum Konfessionsalismus, das heißt zur Leugnung aller Religion auf schnellstem Wege gelangen. Deshalb kann ich derartige Organisationen nicht billigen.

Man kann auch nicht das Individuum, das einzelne Mitglied, von der Organisation trennen, so daß man sagt, die einzelnen Mitglieder unterstehen zwar der Autorität der Kirche, nicht aber der Organisation als solche; das ist ganz unrichtig, unhaltbar und undenkbar. Die Kirche hat auch den Organisationen zu gebieten.

Sage Deinen Freunden und den lieben Arbeitern: Der Heilige Vater billigt ihre Bestrebungen in allem und stimmt mit Euch überein und hilft mit Euch und wünscht lebhaft (vehementer), daß alle anderen Arbeiterorganisationen mit Euch übereinstimmen sollen (convenient). Ich will, daß Du allen Präsidien und Mitgliedern sagst: der Papst erteile ihnen aus ganzem Herzen seinen Segen und bitte sie, daß sie auf dieselbe Weise wie bisher fortfahren mögen, nicht allein für das irdische, sondern auch für das geistliche Wohl der Arbeiter zu wirken.“

Diese lobende Anerkennung haben die christlichen Gewerkschaften Kölner Richtung nicht gefunden. Von der Tagung katholischer Arbeitervereine, die zu Pfingsten in Frankfurt a. M. stattfand, wurde der Papst gleichfalls telegraphisch angehuldigt, worauf folgendes eiskalte Danktelegramm eintraf:

„Der Heilige Vater dankt gern für die Gefühle der Unterordnung und Ehrerbietung, welche die in Frankfurt a. M. versammelten Vertreter der Vereine katholischer Arbeiter ihm zum Ausdruck gebracht haben. Er ermahnt sie auf das Lebhafteste, nicht nur im Privatleben, sondern auch in der öffentlichen und sozialen Tätigkeit den Lehren und Weisungen des Heiligen Stuhles auf das Treueste zu folgen, besonders jenen, die in der Encyclica Humani generis niedergelegt sind. Er zweifelt nicht daran, daß sie jedwede Meinungen oder Handlungen vermeiden werden, welche den Vorschriften der Kirche auch nur im geringsten widersprechen. Als Untertan des himmlischen Schutzes erteilt er ihnen im Herrn den Apostolischen Segen.“

Kardinal Merry del Val.“

Hier also nichts von Billigung wie in der Antwort an die „Facharbeiter“, sondern vielmehr die scharfe Warnung, die öffentliche und soziale Tätigkeit ganz nach den Befehlen des Papstes zu gestalten. Also auch hier fordert der Papst aufs Nachdrücklichste die völlige Aufgabe der Selbstständigkeit. Die christlichen Arbeiter dürfen auch ihre eigenen Angelegenheiten nicht mehr allein ordnen, sie werden zum willenlosen Werkzeug in den Händen des von Rom abhängigen Episkopats.

Die Teilnahme des Papstes weckte bei den Arbeitervereinigern in Berlin heilen Jubel, in Frankfurt am Main aber gab es blasse Gesichter.

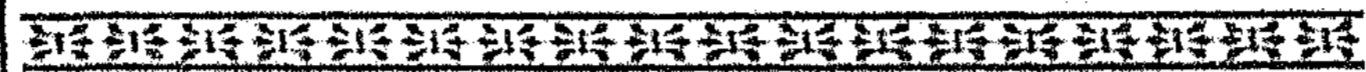
Roma locuta, causa finita! Rom hat gesprochen, der Streit ist erledigt. Ueber die „Christen“ aber ist damit das Todesurteil gefällt, und eine arge Unklarheit im öffentlichen Leben wird damit beseitigt.

Der Papst und die von ihm leidenschaftlich unterstützte Berliner Richtung haben den Mut der Konsequenz und der Aufrichtigkeit. Sie kennen keine Freiheit der Katholiken, in öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Fragen anders zu entscheiden, als die katholische Kirche es vorschreibt.

Pius X. ist davon überzeugt, daß der katholischen Kirche der Beruf zufällt, alle Angelegenheiten des öffentlichen Lebens nach ihrem Geist und Willen zu

ordnen. Der einzelne Katholik ebensowohl wie die Organisationen, denen die Katholiken angehören, dürfen danach nichts anderes als Werkzeuge sein, mit deren Hilfe sich der kirchliche Wille im öffentlichen Leben durchsetzt. Der Papst hält das Zentrum und die M.-Glabacher „modernistischen“ Neigungen für hinreichend verdächtig. Die christlichen Gewerkschaften täuschen ihre Mitglieder absichtlich, wenn sie ihnen einzureden versuchen, durch ihren Anschluß an die Gewerkschaften handelten sie als gute Katholiken. Der Papst versteht unter guten Katholiken etwas ganz anderes und stellt ganz andere Forderungen an sie.

In Köln wird man jetzt in schwerer Sorge sein. Die Sprache des Papstes ist von einer solchen Klarheit und Entschiedenheit, daß auch Herr Bachem und seine Freunde ihren Sinn nicht hinwegzudeckeln vermögen. Ein on dit bekommt jetzt erhöhte Bedeutung, das vor den Wahlen in erregter Weise offiziell demen-



Wir kommen!

Wir sammeln die Reiheln! Wir stellen uns auf, Mag man uns auch drohen und höhnen! Und vorwärts geht unser Siegeslauf, Daß die Länder der Erde erdröhnen, Daß sie lauschen alle, voll Angst das Ohr, Und das Herz verzagt und bekommen! Doch wir sprengen das Tor, das Zukunftstor: Wir kommen!

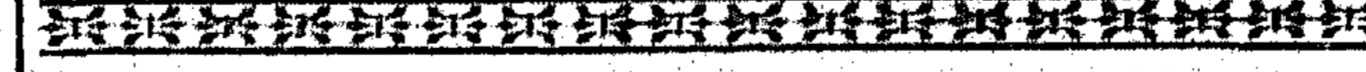
Fest, unaufhaltsam in Schritt und Tritts Marschieren unsre Kolonnen. Ein jeder, der Qualen und Schmerzen litt, Zieht mit uns den Weg zur Sonnen! Und jeder weiß, daß er doppelt erhält, Was ihm gierige Hände genommen! Still! Läuten nicht Glocken über der Welt? Wir kommen!

Was immer an Haß und an Tüden lebt, Sie schleudern's mit Gift und mit Geißer Uns in den Weg. Doch keiner bedt: Uns leitet ein heiliger Eifer! Und führt der Weg auch durch Dunkel und Nacht, Viel Sterne sind blinkend erklimmen, Die leuchten, bis unser Tag erwacht! Wir kommen!

Wenn Ihr die Fesseln auch zehnfach vermehrt, Einst werden sie von uns gleiten! Und wenn Ihr den Weg zur Sonne uns wehrt, Wir werden ihn dennoch schreiten! Ist rauh auch der Pfad und steinig und steil, Nur Mut! Er wird doch erklimmen! Wir bringen die Freiheit, das Glück und das Heil! Wir kommen!

Sie möchten den Glauben, der in uns loht, Den freien Gedanken ertönen, — Wir aber schauen in Nacht und Not Schon den Himmel der Zukunft sich röten! Wohl wählen wild Wogen ein Bug und um Bord Unrez Schiff. Doch im Nebel verschwommen Steigt fern unser Land. Und es jubelt das Wort: Wir kommen!

Und unser die Erde sonnenbeglänzt Bis in die fernsten Fernen! Dann wandeln auf ihr wir mit Rosen bekränzt Und mit schimmernden Blütensternen. Und was da die Hand, was das Hirn erschafft, Gibt allen zu Nutz und zu Frommen, Die wandeln in Schönheit, in Freiheit, in Kraft — Wir kommen!



tiert wurde. Danach sollte Herr v. Bethmann-Hollweg durch einen Beauftragten in Rom den auf die Dauer unausbleiblichen Bannstrahl gegen die christlichen Gewerkschaften bis nach den Reichstagswahlen aufzuschieben gebeten haben.

Die christlichen Gewerkschaften werden nunmehr wohl sich veranlaßt sehen, ihr evangelisches Anhängsel abzustößen. Bittermächtig hat es ja nie eine Bedeutung gehabt, und die christlichen Gewerkschaften haben sich stets gehütet, ihre Statistik über die konfessionelle Zusammensetzung ihrer Mitglieder zu veröffentlichen. Die „gemeinsame christliche Weltanschauung“ betätigten sie darin, daß man einigen evangelischen Arbeitervertretern, wie Herrn Behrens und anderen, Unterschlupf gewährte. Schon bisher fanden sich aber die katholischen Zelle der christlichen Gewerkschaften zu besonderen Tagungen zusammen; man wird nun wohl die christlichen Gewerkschaften in katholische umwandeln und die Herren Behrens und Konforten bitten, den Staub von den Pantoffeln zu schütteln, sofern sie nicht vorziehen — katholisch zu werden.

Für die Arbeiter des katholischen Volkstums gibt es danach nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie müssen

sich den Arbeitervereinen (Stk Berlin) anschließen und sich in ihrem ganzen privaten und öffentlichen Leben vorbehaltlos der Führung durch die römische Kurie unterwerfen, oder sie müssen entschlossen auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung treten, die nicht nach den religiösen Anschauungen des einzelnen fragt, aber den arbeitenden Massen des Volkes in politischen und wirtschaftlichen Fragen ein vollkommen freies Selbstbestimmungsrecht zuspricht.

Was dazwischen ist, ist vom Nebel. Den christlichen Gewerkschaften ist durch die päpstliche Kundgebung der Boden unter den Füßen weggezogen.

Der organisierte Streikbruch im Ruhrrevier, durch den die „Christen“ die Gnade des Papstes in Rom erwirken wollten, hat also nicht den mindesten Einfluß auf letzteren und die Entschiedungen der römischen Kurie auszuüben vermocht. Arme Christen! Ob ihrer Verräterei von allen anständigen Menschen verachtet, vermochte ihnen auch dies Opfer ihrer Menschens- und Arbeiterwürde die Gunst des katholischen Oberhauptes nicht zu erringen. Die Christen haben sich auch äußerlich gedemütigt, haben sich den allmächtigen Industriefürsten verkauft, ihre Arbeiterlehre prostituiert, alles was nichts gekostet, die Gnadenformel scheint ihnen nicht mehr, sie müssen bedingungslos Order parieren.

Für die Arbeiterbewegung ist es gut, daß es ja gekommen. Damit ist endlich der grandiose Schwindel gründlich aufgedeckt, daß die christlichen Gewerkschaften die einzig wirklich neutrale und unabhängige Arbeiterbewegung darstellten. Sonnenklar ist erwiesen, daß sie nur die willenlosen Knechte des Klerus sind, daß sie auf dessen Befehl sogar ihre eigenen Klasseninteressen nicht nur an den Nagel hängen, sondern direkt verraten müssen.

Rom hat so deutlich gesprochen, daß nun auch die katholischen Arbeitermassen zur Erkenntnis kommen müssen. Das christliche nationale Aushängeschild ist vom Papst selbst heruntergerissen und als elendes Schwindelstück entlarvt worden. Eine deutschnationale Bewegung, die sich von einem römisch-italienischen Priester willenlos kommandieren läßt, ist das vollständigste Unikum in Deutschland, das Kinderespött der deutschen Nation.

So arbeitet denn Rom Hand in Hand mit dem protestantischen Geldsackfürsten Deutschlands, um die christlichen Arbeiter in eine Schafherde zu verwandeln, bis die Schafe selbst in ganzen Rudeln in die roten Ställe laufen. Das muß aller logischen Konsequenz nach das Ende des ganzen Bemühens sein.

Wie sind doch unsere Feinde so rassistisch bemüht, uns die Arbeitermassen ja zu treiben.

Wirtschaftliche „Erfolge“ des Verbandes katholischer Arbeitervereine.

Stk Berlin. Mitgliederzahl 130 000.

Nicht lachen! Blutiger Ernst!

Wie wir bereits an anderer Stelle berichtet, hat diese „Arbeiter“-Organisation zu Pfingsten in Berlin ihren Delegiertentag (Verbandstag) abgehalten. Diese Frömmsten unter allen Frömmen haben ein Ergebnisstelegramm an den Papst in Rom gerichtet und darauf folgende Antwort erhalten:

„Der Heilige Vater hat mit großer Herzensfreude das Bekenntnis kindlicher Unterwerfung und vollkommener Gehorsams entgegengenommen, daß ihn von den Präsidenten und den Mitgliedern des katholischen Arbeiterverbandes dargebracht worden ist, die in Berlin zu ihrem Delegiertentag zusammengekommen sind. Er beglückwünscht diesen Verband auf das Lebhafteste (vehementer); denn er ordnet ja seine Tätigkeit, auch diejenige, welche sich auf das vergänglichste und irdische Leben erstreckt, nach den Gesetzen der christlichen Weisheit auf das letzte übernatürliche Ziel hin, und indem er unter katholischer Flagge offen kämpft, verdient er die weiteste Billigung und Empfehlung. Die Gesinnungen der erwähnten Präsidien und Mitglieder bestärkt er darin, daß sie zum Schutze des Wohlles der Lohnarbeiter und zur Pflege des Friedens unter den Berufsständen der menschlichen Gesellschaft mit aller Macht unter Führung der heiligen Väter sich zu Bestreben fortführen. Als Untertan der göttlichen Gnade erteilt er liebevoll dem Apostolischen Segen.“

Kardinal Merry del Val.“

Der apostolische Segen des Papstes hat sich nun, materiell ausgedrückt, nicht sehr wirksam für die Mitglieder des katholischen Verbandes erwiesen. Auf dem Delegiertentage gab der Generalsekretär nach dem offiziellen Organ des Verbandes folgende wirtschaftliche „Erfolge“ dieser „Gewerkschaftsorganisation“ zum besten:

Bei den Abschließen von Tarifen von 2—3 Jahren Dauer wurde erzielt:

„In Elbing wurde ein Tarifvertrag für Tischler abgeschlossen, durch welchen die Arbeitszeit um 1 Stunde pro Woche verkürzt und der Lohn um 1 Pfg. pro Stunde, sowie bei Akkordarbeit um 5 Prozent erhöht wurde. Für die Jahre 1912 und 1913 steht der Tarif weitere Lohnerhöhungen vor.“

Damit im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifverträgen erteilten vom 1. April 1911 ab in Allenstein die Tischler eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde und bei Akkordarbeit einen Zuschlag von 2½ Prozent.

In Wartenburg, Bez. Allenstein, die Schneidemühlener Arbeiter eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde.

In Bischofsstein, Bezirk Allenstein, die Maurer und Zimmerer eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. und die Bauhilfsarbeiter eine solche von 3 Pfg. pro Stunde.

In Bischofsstein erreichten die Schneidemühlener Arbeiter ohne Tarifvertrag eine Verkürzung der Arbeits-

Zeit von 2 Stunden täglich und eine gleichzeitige Lohnerhöhung von 20-25 Pfg. pro Tag.

In Allenstein erreichten die städtischen Straßenbahn-Wagenführer eine Verzählung der Ueberstunden und jeden 10. Sonntag als freien Tag.

In Oppeln erzielten die Tischler durch einen Tarifvertrag eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde pro Woche und eine Lohnerhöhung von 2 bzw. 3 Pfg. pro Stunde.

In einer Zementfabrik im Bezirk Oppeln wurde durch das Eingreifen der katholischen Berufsorganisation eine Verkürzung der Löhne von 1,80 Mark pro Woche für 120 Arbeiter verhindert.

Im obererschlesischen Industriegebiet trat die katholische Berufsorganisation im Interesse der Hüttenarbeiter dafür ein, daß diese nicht bei Aufgabe ihrer Arbeit ihre Ansprüche an die Pensionskasse, in welche sie Beiträge gezahlt, verlieren.

Für die obererschlesischen Bergarbeiter wurde eine Verbesserung der Anwartschaftsverhältnisse erzielt.

Im Bezirk Weuthe wurden Differenzen im Arbeitsverhältnis in 29 Fällen durch mündliche Aussprache oder auf schriftlichem Wege zu beiderseitiger Zufriedenheit ausgeglichen.

Gemäß dem im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifvertrag erhielten die Arbeiter in den Kreisen Ratibor, Cosel und Leobschütz im Jahre 1911 eine weitere Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde.

In Glatz wurde ein Tarifvertrag für Maurer und Zimmerer abgeschlossen, durch den eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde für das Jahr 1911 und eine weitere von 1 Pfg. pro Stunde für das Jahr 1912 erreicht wurde.

Durch einen erstmalig abgeschlossenen Tarifvertrag wurde in Glatz die Arbeitszeit für Maler um 2 Stunden täglich bei bisheriger Lohnhöhe verkürzt.

Einen wichtigen Vorteil erreichten unsere Glasarbeiter in der Grafschaft Glatz. Infolge ihres Vorgehens und langer schwieriger Verhandlungen mit der Handwerkskammer in Breslau wurde für die Glasindustrie des Landgerichtsbezirks Glatz ein Prüfungsausschuß errichtet. Dadurch ist es nun den Lehrlingen in der Glasindustrie möglich, vor der Handwerkskammer eine gültige Gesellenprüfung abzulegen und in den Handwerkerstand einzutreten, wodurch ihr Ansehen wesentlich gehoben wird, was wiederum eine Verbesserung ihrer materiellen Lage zur Folge haben muß.

Die Bergarbeiter im Bezirk Neurode erreichten durch ihr Vorgehen, daß in neu erbauten Knappschafts-Lazarett eine Kapelle errichtet wurde, in welcher regelmäßig Gottesdienst stattfindet.

Im Bezirk Reichenbach erzielten die Textilarbeiter bei einer Firma für das jedesmalige Reinigen der Webstühle eine Vergütung von 25 Pfg., während der Arbeitgeber vorher diese Arbeit unentgeltlich verlangte.

Im Bezirk Reichenbach erhielten 24 Chauffeure infolge der von unserem dortigen Arbeitersekretariat unternommenen Schritte eine Gehaltserhöhung von 5 Mark pro Monat.

In demselben Bezirk erzielten durch die Stellungnahme unseres Bezirksdelegierten und des Vorgehens des Arbeitersekretariats die Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Dominium Frauenhain eine Lohnerhöhung von 10 Mark pro Jahr bzw. 10 Pfg. pro Tag und mehr Ackerland.

In den Bezirken Thüringen und Sachsen wurde bei dem vorjährigen großen Kampfe in der sächsisch-thüringischen Metallindustrie die Aussperrung unserer Mitglieder verhindert.

In Hülfsfeld, Bezirk Eichsfeld, erzielten durch friedliche Lohnbewegung die Maurer und Zimmerer eine Lohnerhöhung von 35 auf 38 Pfg. pro Stunde für 1911 und auf 40 Pfg. pro Stunde für 1912, sowie die Bauhilfsarbeiter eine Lohnerhöhung von 27 auf 30 bzw. 32 Pfg.

Im Baugewerbe in Coblenz wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, welcher für Maurer und Zimmerer eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. für 1911 und weitere 3 Pfg. pro Stunde vom 1. April 1912 ab brachte. Die Bauhilfsarbeiter erzielten eine noch günstigere Verbesserung ihrer Löhne.

Im Bezirk Mahen wurde für die Steinarbeiter ein Tarifvertrag abgeschlossen, der manche Verbesserungen der Lohnverhältnisse enthielt, obgleich viele Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt blieben infolge der nicht günstigen Konjunktur, namentlich aber wegen der Uneinigkeit der Arbeiter untereinander und der großen Zahl der Unorganisierten.

In Kreuznach erhielten gemäß dem im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifvertrag die Bauarbeiter vom 1. April 1911 ab eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde.

Der Bericht verschweigt wohlweislich, wieviel von diesen "Erfolgen" noch auf das Konto der organisierten Streikbrüder katholischer Arbeiter kommt. Der Bericht verschweigt auch, wieviel von diesen Erfolgen noch auf das Konto der freien Gewerkschaften geschrieben werden müssen, weil bei Tarifabschlüssen seitens dieser die katholischen Arbeiter nicht ausgeschlossen wurden. Rechnen wir die bezeichneten Fälle ab, dann bleibt von dem Blutwenigen fast gar nichts mehr.

Katholische Arbeiter, richtet Euch nicht nach den Worten, sondern nach den Werken Eurer Führer. Diese Worte sind aber so ebenbürtig klein und unbedeutend, daß Euch Euer Verstand sagen muß, vom katholischen Verband wurden Eure Interessen mit Füßen getreten. Vergleiche doch mit diesen Wahlschicksalen einmal die tatsächlichen Erfolge der freien Gewerkschaften. Und, Ihr katholischen Transport- und Verkehrsarbeiter, ver-

gleicht einmal die obigen Erfolge mit denen des Deutschen Transportarbeiterverbandes! Sie sehen aus im Vergleich wie der Berliner Kreuzberg zum Riesengebirge. Ueberlegt Euch einmal nach diesen Vergleichen, wer Eure Interessen ehrlich und rücksichtslos vertritt. Uns ist um das Urteil auch des Kaiserlichen nicht bange. Diese Tatsachen müssen Euch, wenn Ihr Eure Interessen wahrnehmen wollt, in den deutschen Transportarbeiterverband hineintreiben.

Der Zug nach rechts!

Die parlamentarische Formation zeigt zweifellos das Gepräge einer Entwicklung nach links. Die extremen Feinde und Hasser der modernen Arbeiterbewegung — Konservativen, Ultramontane, einschließlich einer ausgesprochen scharfmacherisch eingestellten Gruppe Nationalliberalen — können im Reichstag keine sichere Mehrheit bilden. Dagegen ist eine nach ihren Programmen und ihren Worten demokratisch gerichtete Majorität vorhanden. Mit dem Zentrum allein bildet die Sozialdemokratie eine Mehrheit, die sozialpolitisch mit einer bahnbrechenden Reform fruchtbar einsehen könnte. Stellt man nun aber die Frage nach dem praktischen Fazit, dann läßt sich ein Zug nach rechts kaum leugnen. Höhnend konstatiert die ultramontane Presse, daß trotz der 110 Sozialdemokraten in sozialpolitischer Hinsicht bisher gar nichts erreicht worden sei. Mit offenkundiger Schadenfreude ruft die „Westf. Arbeiter-Ztg.“ des Herrn Giesberts aus:

„Es sitzen zurzeit im Reichstag 110 rote Männer. Der erste Tagungsabschnitt des Reichsparlamentes hat aber bewiesen, daß sie genau so viel und genau so wenig vermögen, wie die ehemaligen 47. Sozialpolitisch ist nichts geschaffen worden; das einzige Gesetz, das etwas sozialpolitisch gefärbt war, das Staatsangehörigkeitsgesetz, ist gerade von den Sozialdemokraten in der Kommission zur Erde geheißt worden, so daß es nicht einmal über die erste Lesung hinauskam. Bei der Interpellation über den fribol vom Zaune gerissenen Vergarbeiterstreik im Ruhrgebiet aber erklarten die 110 eine so empfindliche Niederlage, wie selten einmal zuvor bei einer ihrer Aktionen. Weil die 110 Genossen mit leeren Händen den Reichstag verlassen und ohne jeden Erfolg vor ihre Wähler treten müssen, werden sie in der Agitation draußen wohl um so lauter lärmern über die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes mit der Liebesgabe.“

Die sozialdemokratische Presse selbst kann nicht umhin und muß wenigstens andeutungsweise zugestehen, daß die Sage auf den alten Füßen läuft. Ja, daß durch den Eintritt der 110 sogar eine Verschlechterung eingetreten.“

Die Behauptung von dem Versagen der Sozialdemokratie ist natürlich blinder ultramontaner Schwundel. Wer sich dem, was ist, nicht verschließt, kann aber wirklich nicht leugnen, daß innerhalb der bürgerlichen Parteien der reaktionäre Zug Verstärkung erfahren hat. Die Ultramontanen treten gar prägnant mit der Tatsache auf den öffentlichen Markt hinaus, daß sie, anstatt mit der Sozialdemokratie an sozialen Reformen zu arbeiten, den schlimmsten Arbeiterhassern Gefolgschaft leisten. Sie verhindern sozialpolitischen Fortschritt, weil sie die Arbeiter züchtigen wollen. — Und welchen breiten Resonanzboden haben nicht die unter der falschen Flagge eines sogenannten Arbeiterswilligenschutzes segelnden Versuche gefunden, die freien Gewerkschaften mit der Hilfe ausnahmegesetzlicher Bestimmungen zu zertrümmern!

Als Herr Bued das Programm von dem Zerschmettern proklamierte, konnte man solchen Plan noch für die Ausgeburt eines überhitzten Scharfmacherhirns halten. Heute weiß man, daß er den teils offen bekannten, teils geheim genährten Wünschen aller an der Ausbeutungsordnung Interessierten entspricht. — Selbst die Gewerkschaftsführer im Zentrum bekennen sich zu dem Grundsatz, daß es kein freies Koalitionsrecht gäbe, der Staatsarbeiter nur dann ein Anrecht darauf habe, wenn er es lediglich nach den Anordnungen der Behörde benütze. Bismarck-Mumm, das dünne blaue Strickelchen in der schwarzen Gewerkschaftsbewegung, verfiel gar die groteske Ansicht, die Eisenbahnarbeiter äßen das Brot des Kaisers, darum müßten sie auf Staatsbürgerrechte verzichten. So gut als nur irgend einer im Lande, erarbeiten sich die Eisenbahnarbeiter ihr — ach so kümmerliches Brot selber; niemanden sind sie dafür zu Dank und knechtlichem Gehorsam verpflichtet.

Über sie und alle anderen Arbeiter sollen sich als Bewohnerfahrere fühlen und verhalten. Sie, die Träger der Gütererzeugung, sollen vollständig abhängig sein von denen, die nur ernten und am allermeisten ernten. Und da die Reichstumschaffer nicht gutwillig unter die Fuchtel der Ausbeutung und Unterdrückung sich beugen wollen, soll Gewalt sie fügsam machen.

Verschiedene Regierungen folgten den Scharfmacherfüren und forderten ein sogenanntes Arbeiterswilligenschutzgesetz. Das preussische Herrenhaus durfte dabei nicht fehlen. Der famose Handelstag schlug in dieselbe Kerbe. Der Hansabund marschiert hinterdrein. Allerdings: das muß man anerkennen: Die Junker und industriellen Scharfmacher sind im Vergleich mit manchem der sogenannten Liberalen Brackterkel Gewiß, sie sind brutal und egoistisch, aber sie sind es wenigstens ehrlich-frech und offen. Iene jedoch sind es feige-lüchlich, sie lieben die Schleichwege. Der Junker verfiel eine Weltanschauung mit allen ihre Konsequenzen; mancher Liberale paradiert mit Attributen der Freiheit, des Fortschrittes, der Volkswohlfahrt, und er kennt kein anderes Ideal als das des Geldfades. Er heuchelt Demokratie, Gemeinsum, soziales

Streben und verzehrt sich, aus Gier nach Gewinn, insgemein in Haß gegen die Arbeiter, denen er öffentlich Komplimente macht.

In hinterhältiger Weise praktiziert man den Kampf gegen das freie Koalitionsrecht. Die genannten „liberalen“ Organisationen unterstellen einfach, daß der bisherige Arbeiterswilligenschutz nicht ausreichte. Ob es trotzdem neuer gesetzlicher Bestimmungen bedürfte, sei fraglich. Viellecht genüge eine sorgfichere Anwendung der bestehenden Gesetz!

Also noch fester, noch brutaler soll die Streikjustiz zupacken! Noch mehr soll polizeiliche Willkür das Koalitionsrecht illusorisch machen, dem Streikrecht einen Galgen errichten! Das wird von — Liberalen gefordert, angesichts einer Streikjustiz, deren Ausschreitungen selbst unter der Aera eines ausgesprochenen Ausnahmegesetzes nicht mehr übertrumpft werden können.

Und wie selbst solche Kreise, die sich bisher wenigstens noch einen Schein sozialen Verständnisses zu retten suchten, nun mit geschwellten Segeln in das Wasser der trassierten Scharfmacher hineindüstern, beweisen die Verhandlungen auf dem evangelisch-sozialen Kongress, der kürzlich in Essen tagte. Prof. Dr. Baumgarten lamentierte über das Wachstum der Sozialdemokratie und bemerkte dabei:

„Damit verbindet sich der, wie diesen scheitern will, steigende Terrorismus, den diese Partei in den parlamentarischen wie in den Arbeitskämpfen des letzten Jahres ausgedeutet hat.“

Niemlich rückhaltlos bekannte sich der Gottesmann zu dem Evangelium der Scharfmacher. Nicht die Mitheligen und Beladenen erquickte man durch eine Synkathieerklärung, solcher konnten sich vielmehr die mächtigen und herrschergewaltigen Großindustriellen erfreuen. Von dem „Pflichtgefühl der sittlich religiösen Befimmung des Evangeliums Jesu“ gab folgendes Bekenntnis vielfagendes Zeugnis:

„Wir dürfen uns aber auch nicht der Verpflichtung entziehen, ein gerechtes Verständnis für diejenigen zu suchen, die unter dem Terrorismus der Sozialdemokratie und ihres wirtschaftlichen Unhanges in erster Linie zu leiden haben. Dazu fordert uns ja auch der Boden aus, auf dem wir hier stehen, der uns die gewaltigste Arbeit, aber auch die großartigste Wohlfahrtseistung des deutschen Unternehmers zusetzt.“

Und die Professoren v. Wiese, Nahe und Wagner, teils mit anderen Argumenten, verschiedentlich mit stark differierenden Auffassungen zwar und mit gewissen Vorbehalten, die nur den Wert theoretischer Floßkeln haben, stimmten ein in das Lied von der Notwendigkeit — der modernen Arbeiterbewegung Fesseln anzulegen, sie in das laubdünne Loch des Kapitals zu zwingen!

Nun sind sie alle, alle einig: Ritter, Junker, Scharfmacher, Großbourgeois, schwarze und blaue Militäre, alle stimmen ein in den Ruf: Das Kapital muß gegen die Ansprüche der Arbeiter — gegen Terrorismus sagt die Corona — geschützt werden! Die bürgerlichen Parteien lassen den Schammantel der Volkshilfslichkeit mehr und mehr fallen, zeigen sich immer unverhüllter als wirklichem Fortschritt und ernsthafter Sozialreform feindlich Gesinnte. So lange man die Arbeiterbewegung für einflusslos hielt, sie noch weitab von der Macht sah, zeigte man sich gern in der volksfreundlichen Loge; nun aber, da die Arbeiter sich ansahen, auf die Einführung alter Wechsel zu bringen, der ewigen Vertiefungen müde, den Forderungen etwas größeren Nachdruck zu verleihen, sucht man das Verlagen hinter Schelten und Boltern gegen die Sozialdemokratie zu verbergen. Gerade wie ein zürnender Schulmeister rufen sie den Arbeitern zu: Weil ihr unartig waret, Sozialdemokraten wähltest, werdet ihr gestraft! Seid vernünftig, erwählt nur uns als Vertreter, dann schmücken wir uns auch wieder mit — arbeiterfreundlichen Worten! Wenn nicht, dann verstrakt ihr die Reaktion — durch uns!

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien ist gerade so, als wenn man einem edlen Stempferde den tröstlichen Rat geben wollte: verende, dann wirst du nicht mehr strapaziert!

Man schäht die Arbeiter doch zu niedrig ein, wenn man glaubt, sie in so plumper Weise, wie ihre Gegner sich das vorstellen, über den Köffel harrbieren zu können. Sie werden die genau entgegengesetzten Schlussfolgerungen aus dem Verhalten der bürgerlichen Parteien ziehen, als man ihnen suggerieren möchte. Sie sagen sich ganz mit Recht: so lange wir im Vertrauen auf Zusagen und Verheißungen ultramontaner, freisinniger, konservativer oder nationalliberaler Wähler, hat man uns mit billigen, sozial-durchdrängten Lebensarten und mit enttäuschenden, schmerzenden Laten abgespeist; nun, da wir selbst uns zu helfen suchen, eigene Vertreter wählen, droht man mit Reaktion, bestraft uns mit dem Entzug jedes sozialpolitischen Fortschrittes! Wir werden also nicht eher etwas erreichen, als bis wir durch eigene Kraft es erziehen!

Solche, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Gedanken liegen zu nahe, als daß sie die Arbeiter nicht gefangen nehmen und beeinflussen sollten.

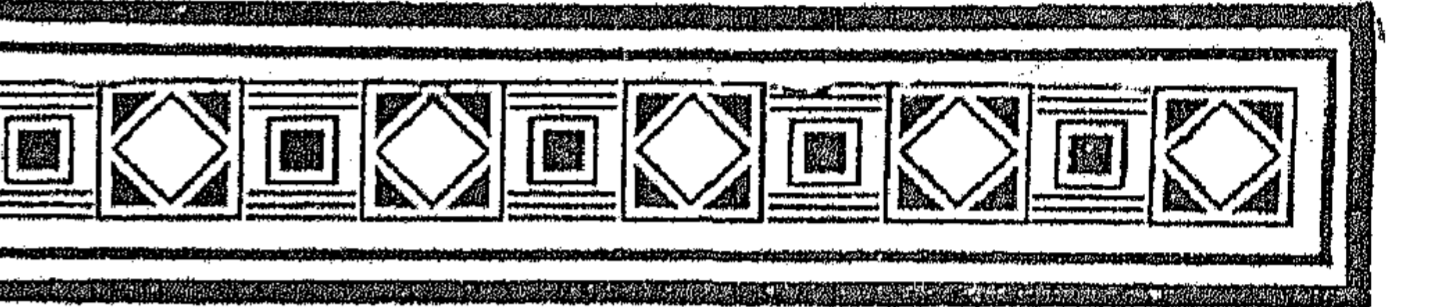
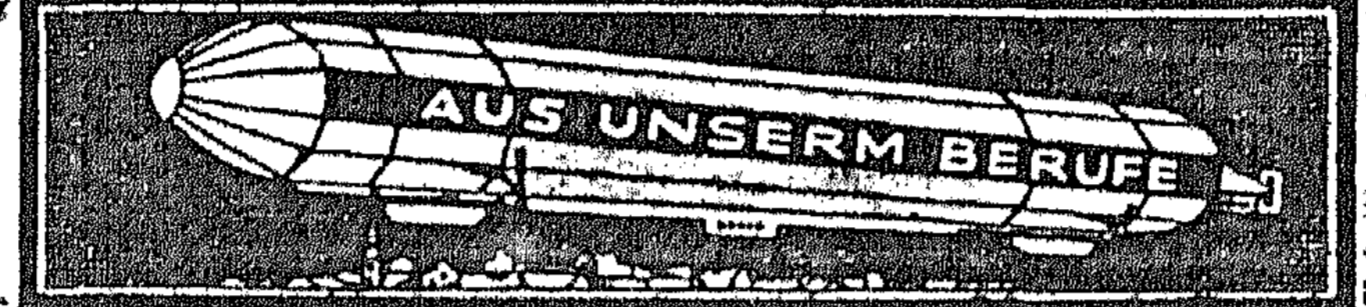
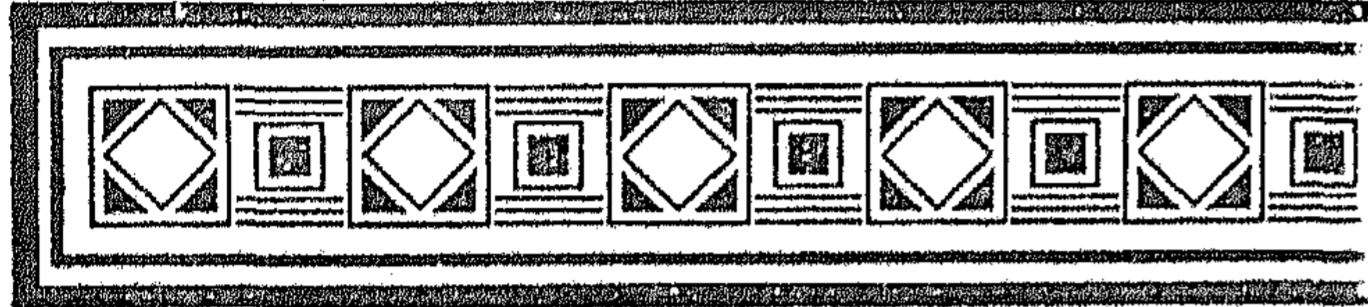
Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1911.

Der neuesten Nummer der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ ist der vom Verbandsdirektor Nadebeck veröffentlichte Vorstandsbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beigelegt. Daraus ist zu entnehmen, daß das Jahr 1911 den modernen Konsumvereinen in Deutschland, die im Zentralverbande deutscher Konsumvereine zusammengeschlossen sind, eine Entwicklung gebracht hat, wie sie bisher

nicht nicht erlebt worden ist. Selbstverständlich ist keine erhebliche Zunahme der Zahl der Konsumgenossenschaften zu verzeichnen. Sie stieg von 1151 auf 1183. Es ist natürlich zu begrüßen, wenn Vereine, die bisher noch ferngestanden haben, sich jetzt der allgemeinen Bewegung anschließen. Zur großen und ganzen muß man jedoch damit rechnen, daß die Zahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumvereine nicht weiter steigt, da die moderne Entwicklung dahin geht, Neugründungen möglichst zu verhüten und an Orten, wo ein neuer Verein entstehen soll, wenn es irgend möglich ist, eine Verteilungsstelle eines benachbarten Vereins zu errichten. Ferner werden überall dort, wo von früher her in unmittelbarer Nähe zahlreiche kleine Vereine bestehen, diese zu modernen, leistungsfähigen Bezirkskonsumvereinen verschmolzen. Das alles wirkt dahin, daß die Zahl der Konsumvereine nicht wesentlich steigen kann. Um so mehr muß jedoch die Zahl der Mitglieder in den Vereinen steigen, denn die großen Genossenschaften, die jetzt entstehen, üben ja eine ganz andere Anziehungskraft aus als die früheren kleinen Vereine. Die Mitgliederzahl ist denn auch ganz außerordentlich gestiegen, um rund 144 000, nämlich von 1 181 000 auf 1 325 000. Das ist eine

höchst erfreuliche Zunahme. Die Zahl zeigt jedoch aber auch andererseits jedem, der die moderne Arbeiterbewegung kennt, daß noch sehr viele, für die die Mitgliedschaft im Konsumverein unbedingte Notwendigkeit wäre, draußen stehen, denn diese 1 325 000 Mitglieder sind durchaus nicht alles Arbeiter, unter ihnen sind Handwerker, Beamte usw. Es können also die Gewerkschaften gemäß ihrer auf dem Gewerkschaftskongress zu Dresden im Vorjahr übernommenen Verpflichtung den Konsumvereinen noch eine ganze Anzahl Mitglieder zuführen. Nicht erfreulich und groß war auch die Umsatzsteigerung. Der Umsatz der dem Zentralverbande angeschlossenen Genossenschaften, wozu auch die Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine gehört, stieg von 433 Millionen Mark auf 506 Millionen Mark, also um 73 Millionen Mark in einem Jahre. Bisher war die größte Umsatzsteigerung im Jahre 1910 mit 51 Millionen Mark zu verzeichnen. Demgegenüber stellen die 73 Millionen Mark im verflochtenen Jahr eine ganz außerordentliche Zunahme dar. In Eigenproduktion wurde im Zentralverbande deutscher Konsumvereine für 81 Millionen Mark hergestellt gegenüber 66 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl aller im Zentralverbande beschäftigten Per-

sonen stieg von 18 923 auf 21 939. An Warenbeständen sind 50 Millionen Mark zu verzeichnen, an Maschinen und Inventar 14 Millionen Mark, nicht weniger als 74 Millionen Mark sind in Grundbesitz angelegt. Das gesamte Kapital, mit dem die modernen Konsumvereine arbeiten, beträgt 152 Millionen Mark. Der Drang zur Schaffung größerer Konsumvereine führte auch zur Steigerung der Eigenproduktion. Zahlreiche Vereine haben im vergangenen Jahre neue Bäckereien errichtet. Bei den Schlächtereien geht die Entwicklung nicht im selben Tempo vor sich, da man hier erst im Begriff ist, aus der Zeit des Experimentierens in die der ruhigen Arbeit überzugehen. Noch schwieriger ist die genossenschaftliche Milchversorgung der Mitglieder. Der Vorstandsbereich verzeichnet dann weiter die Einführung der Beratung der Konsumvereine bei Bauangelegenheiten, die sich sowohl auf die technische wie auf die finanzielle Seite erstreckt. Alles in allem können die Konsumvereine mit ihrer Entwicklung in dem Leuzerungsjahr 1911 sehr zufrieden sein. Aber dieses Gefühl der Zufriedenheit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade für die modernen Konsumvereine noch ein großes Ausdehnungs- und Agitationsgebiet vorhanden ist.



Arbeiterinnen

Dessau. Durch eine intensive Agitation wurde es uns im Laufe des letzten Jahres möglich, den größten Teil der Austrägerinnen des Volksblattes für unsern Verband zu gewinnen. Es konnte nimmehr an die so notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gedacht werden. Mehrere Versammlungen fanden statt, in welchen die Forderungen beraten und die Verbandsleitung mit der weiteren Regelung betraut wurde. Dann kam ein Tarifvertrag zum Abschluß, dem wir folgende wichtigsten Positionen entnehmen:

Verspätet sich die Herausgabe der Zeitung um mehr als eine halbe Stunde, so werden für jede weitere angefangene halbe Stunde 20 Pf. Wartegeld gezahlt. Störungen durch höhere Gewalt setzen diese Bestimmung außer Kraft. Die Trägerinnen erhalten für das Tragen der Zeitung pro Exemplar und Monat 14 Pf. Für das Abholen der Zeitung aus dem Verlage erhalten die Trägerinnen von Alten, Klein-Kühnau, Biedigt, Mostkau und Lärten pro Monat je 1,50 Mk., die von Groß-Kühnau und Kochstedt 2,— Mk., von Bötsch 5,— Mk. von Nauendorf 3,— Mk.

Die Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung zahlt der Verlag. Bei Bedarf von Trägerinnen ist in der Regel der Arbeitsnachweis des Transportarbeiter-Verbandes zu benutzen. Witwen von Parteigenossen sollen dabei in erster Linie berücksichtigt, jedoch sollen auch diese vom Verbandsnachweis vermittelt werden.

Durch diesen Vertrag sind die Bezüge der Trägerinnen wesentlich erhöht. Auch die Wartezeit, welche bisher nicht bezahlt wurde, wird jetzt entschädigt. Ebenfalls ist für einige Touren eine wesentlich bessere Bezahlung eingetreten. Hoffentlich spricht dieser Erfolg die Trägerinnen der übrigen Anhaltischen Orte an, sich unserer Organisation anzuschließen. Nur durch ein geschlossenes und einheitliches Vorgehen können wir vorwärts. Also Zeitungsausträgerinnen, hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband.



Die Stoppuhr des Schuhmannes. Vor dem Potsdamer Schöffengericht fand wieder einer jener bekannten Automobilprozesse statt, die seit längerer Zeit durch das gleichbleibende Motiv der Anklage die Öffentlichkeit beschäftigen. Angeklagt war der Chauffeur W. K. unter der Beschuldigung, am 7. April die Strecke zwischen Hohenzollernstraße und Ottostraße in Wannsee, die 500 Meter lang ist, in 50 Sekunden durchfahren zu haben. Der Polizeiergeant Schröder, der diese unvorschriftsmäßige Geschwindigkeit mit einer Kontrolluhr festgestellt hatte, beschwor seine Behauptung und erklärte, daß jeder Fehler ausgeschlossen sei. Der Besitzer des Automobils, der sich ebenfalls im Wagen befand, bekundete, daß er ständig seinen Geschwindigkeitsmesser im Auge behalten habe, und daß dieser nur Geschwindigkeiten von 11 bis 12 Kilometern angezeigt habe. Das Gericht unternahm darauf im Beisein des Angeklagten und des Zeugen Schröder eine Probefahrt auf der Strecke Potsdam—Meditz, um die Zuverlässigkeit der von Schröder benutzten Kontrolluhr zu prüfen. Dabei ergab sich, daß diese in einer Minute drei Sekunden mehr anzeigte, als die Uhr des Angeklagten. Nach diesem Ergebnis kam das Gericht, wie in der Begründung ausgeführt wurde, wegen „Mangel an Aufklärung“ zur Freisprechung des Angeklagten. „Mangel an Aufklärung“? Unseres Erachtens hätte da eben die Aufklärung beginnen müssen. Es hätte festgestellt werden müssen, ob die „Kontroll-

uhr“ immer eine so merkwürdige Gile hat und ob Schröder schon vorher gleichartige Anzeigen erstattet hat. Das gebe treffliches Material für die Automobilstatistik, Rubrik: „zu schnelles Fahren.“

Hannover. Neuer Streit der Droschkenchauffeurs der Ablerwerke. Nachdem kaum fünf Wochen nach Beendigung des letzten Streiks verfloßen waren, legten am Mittwoch, den 29. Mai, die Kollegen auf neue die Arbeit nieder. Während in der ersten Zeit nach dem Streik die Firma sich ziemlich tolerant verhielt, zog sie bald andere Seiten auf. Den Kollegen wurde ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt, der alles bisher dagewesene in den Schatten stellte. Leider ließ sich ein Teil der Chauffeurs verleiten, den Vertrag zu unterschreiben und zwar weil sie in der Meinung waren, irgend welcher Nachteil könne für sie nicht daraus erwachsen und im Ernstfalle würden sie doch machen, was sie für recht hielten. Bei näherer Betrachtung hatte man aber doch herausgefunden, daß die Geschichte denn doch nicht ganz so harmlos war, wie zuerst angenommen wurde. In mehreren Versammlungen wurde zu diesem monstrum Stellung genommen und einstimmig beschlossen, die gegebene Unterschrift zurückzuziehen. Das wurde durch ein Anschreiben an die Firma auch ausgeführt und scheint bei dieser dann der Entschluß gereift zu sein, nimmehr einen Schlag gegen die Organisation zu führen. Am Dienstag nach Pfingsten wurden plötzlich fünf Kollegen, die bis auf einen Mitglied im Arbeiterausschuß waren, entlassen. Zu dieser Entlassung nahmen die Kollegen in einer Versammlung sofort Stellung und wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, da die Wiedereinstellung nicht erreicht wurde, sofort die Arbeit einzustellen. Leider ließ diesmal von vornherein die Geschlossenheit zu wünschen übrig. Fünf Mann brachten es fertig, sich der Firma als Hausarbeiter zur Verfügung zu stellen. Am darauffolgenden Abend hatte der Direktor seine sich ein Teil der Chauffeurs und zwar zum größten Teil die, von denen er annahm, daß sie sich seinen Wünschen ohne weiteres fügen würden, zu einer Versammlung eingeladen. Hier wurde versprochen, den einen der Entlassenen sofort wieder einzustellen, aber die übrigen vier sollten draußen bleiben. Leider ließen sich diese Nachkollegen leicht schlagen und fuhrten daher am nächsten Morgen etwa 17 Wagen heraus. Eine nimmehr zwischen Herrn Heine und einer Kommission stattgefundene Verhandlung führte zu dem Ergebnis, daß ein Kollege sofort wieder eingestellt werden sollte, ein zweiter in drei Tagen und der dritte sollte dann im Laufe der nächsten Woche folgen, die beiden übrigen sollten draußen bleiben. Unter den gegebenen Verhältnissen und mit Rücksicht auf die große Zahl der Arbeitswilligen, erklärten sich die Kollegen mit diesem Zugeständnis einverstanden und wurde darauf am Freitag, den 31. Mai die Arbeit wieder aufgenommen. Hoffentlich wird nimmehr der Friede ein etwas längerer sein. Nachstehend lassen wir die Namen der Arbeitswilligen folgen und wollen auch der Nachwelt den wunderbaren Vertrag dauernd erhalten. Dieser lautet:

Einseitig unterschrieben.

Ver ein bar un g.
Zwischen der Firma Ablerwerke vorm. Heinrich Klehner, Aktiengesellschaft, Filiale Hannover, im nachstehenden kurz mit Ablerwerke benannt, und dem unterzeichneten Chauffeur . . . im nachstehenden kurz mit Chauffeur bezeichnet, wurde heute folgendes vereinbart:

1. Die Ablerwerke zahlen dem Chauffeur außer dem laut einer besonderen Abmachung dem Chauffeur zustehenden Einkommen von dem im Droschkenbetrieb durch den Chauffeur eingenommenen und in bar abgelieferten Beträgen eine Extraprovision von 1 Prozent unter den nachstehend angegebenen Bedingungen.
2. Die Firma vergütet dem Chauffeur außerdem bei Unterschrift dieser Vereinbarung einen Betrag von 50 Mk. unter den ebenfalls nachstehend angegebenen Bedingungen.
3. Der Chauffeur erkennt an, daß er auf jeden Anspruch der oben erwähnten Extraprovision von 1 Prozent der durch ihn erzielten Ein-

nahmen und der oben erwähnten Vergütung von 50 Mk. verzichtet, wenn er

- a) sich während der Zeit, in welcher er bei den Ablerwerken in Stellung ist, an gegen die Ablerwerke gerichtete Streiks oder Arbeiterbewegungen oder dergleichen beteiligt, bei denen auch nur ein Chauffeur vertragsbrüchig wird.
 - b) nicht mindestens 6 Monate nach Unterschrift dieser Vereinbarung bei den Ablerwerken in Stellung bleibt.
4. Das erwähnte 1 Prozent Extraprovision und die erwähnte Vergütung von 50 Mk. werden in der unter 6 bezeichneten Weise auf ein Sparbuchs eingetragen.
5. Der Chauffeur kann die Auslieferung dieses Sparbuchs resp. der auf diesem Sparbuchs stehenden Summe erst acht Wochen nach seinem Austritt aus den Ablerwerken verlangen, wenn nicht die unter Punkt 6 erwähnten gegenteiligen Bestimmungen in Kraft treten.
6. Die durch die Ablerwerke erfolgte Vergütung von 50 Mk. und der Betrag, welcher sich durch die wöchentlichen Abrechnungen der erwähnten Extraprovision von 1 Prozent der erzielten Droschkeneinnahmen ergibt, werden seitens der Ablerwerke auf ein Sparbuchs auf den Namen . . . eingezahlt; bis die Summe von 250 Mk. erreicht ist. Die entstehenden Zinsen werden stets zum Kapital geschrieben und sind nicht für sich zahlbar. Sodann wird die Extraprovision von 1 Prozent wöchentlich mit dem Lohne ausbezahlt. Der auf das Sparbuchs eingezahlte Betrag inkl. Zinsen kann seitens der Ablerwerke nicht für Reparaturen oder irgendwelche andre Forderungen eingezogen werden, sondern verfällt nur an die Ablerwerke zurück, wenn
- a) der Chauffeur sich an einem Streik oder einer Arbeiterbewegung zum Nachteil der Ablerwerke oder dergleichen direkt oder indirekt beteiligt hat;
 - b) während der acht Wochen bis zur Auslieferung des Sparbuchs mehr als 5 Chauffeurs in einer der 8 Wochen freiwillig aus den Ablerwerken austritten;
 - c) die unter Punkt 3 erwähnten Umstände in Betracht kommen.

Hannover, den 191 .

Als Arbeitswillige kommen folgende Personen in Frage:

- Carl Friede, Al. Ballstr. 2. Otto Schäfers, Zigarrengeschäft, Braumstr. 5. (Hof). Heinrich Baggel, ehemaliger Droschkenbesitzer, Linden, Föfstraße 55, H. I. Fritz Lübeck, früherer Fahrradhändler, Annenstr. 21, H. I. Heinrich Hints, Gerichstr. 3. Karl Köhler, Marschnerstr. 29. Josef Heinrichs, Labeastr. 24. Karl und Georg Meyer, Kleefeld, Dohmestr. 17. Ernst Pfennigwerth, Labeastr. 14. Fritz Wildhagen, Braumstr. 5. Heinrich Kröschke, Hoffstr. 14. Josef Füllenbach, Schöne wort 26. Wilhelm Abt, Schützenstr. 2, H. I. Stanislaus Ruzhowski, Helfenstr. 25, H. I.

Zeitweilige Straßensperren im Ostseebad Zoppot. Die Polizeiverwaltung der Stadt Zoppot gibt bekannt: Auf Grund des § 23 der Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910 wird im sicherheitspolizeilichen Interesse und mit Rücksicht auf das für den Badeort zu wahrende besondere sanitäre Interesse der Verkehr mit Kraftfahrzeugen jeder Art während der Zeit vom 15. Juni bis 1. September i. J. täglich von 1 Uhr nachmittags an a) in der Seestraße, b) in der Eisenhardtstraße, c) in der Schulstraße hierdurch verboten. — Zuwohrenden unterliegen der im § 21 des Gesetzes vom 3. Mai 1909 über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen angeordneten Strafe.

Süchtgeschwindigkeit 8 Kilometer im Reglerungsbezirk Stade. Der Kgl. Regierungspräsident zu Stade hat für Kraftfahrzeuge und Lastkraftfahrzeuge über 5,5 Tonnen Gesamtgewicht folgende Ge-

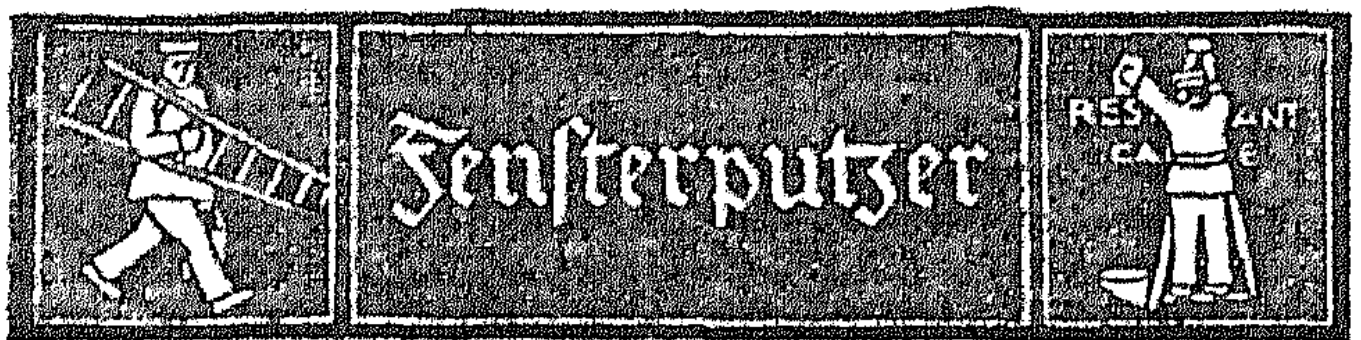
Schwindigkeitsbeschränkungen angeordnet: Auf der Provinzialchauffee von Kilometer 54,4 bis 55,9 im Flecken Ottersberg Höchstgeschwindigkeit 6 Kilometer in der Stunde; auf der Landstraße Ottersberg-Brüttendorf von Kilometer 0,0 bis 0,7 im Flecken Ottersberg, desgleichen 6 Kilometer auf den Ortsstraßen „Am Vieh“ und „Am Alten Wege“ in Ottersberg in ganzer Länge, sowie auf der Landstraße Ottersberg-Lilienthal von Kilometer 0,0 bis 0,7 im Flecken Ottersberg, Höchstgeschwindigkeit 6 Kilometer in der Stunde; auf der Landstraße Pennigbüttel-Osterholz von Kilometer 2,3 bis 3,4 in Osterholz, Höchstgeschwindigkeit 10 Kilometer in der Stunde; auf der Provinzialchauffee Bremerörbe-Bremen von 41,9 Kilometer bis 42,8 Kilometer in der Ortschaft Scharnbeck desgleichen 10 Kilometer auf der Landstraße Stadt-Heben, von Kilometer 15,8 bis 16,7 im Flecken Harjesfeld (Herrenstraße) Höchstgeschwindigkeit 6 Kilometer in der Stunde. Desgleichen auf der Landstraße Heben-Butte von Kilometer 0,0 bis 0,5 im Flecken Harjesfeld (Marktstraße) und desgleichen auch auf der Schulstraße im Flecken Harjesfeld, als Verbindungsstraße der vorgenannten Landstraßen, in ganzer Länge. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft. Diese Anordnung tritt mit dem 1. Mai 1912 in Kraft.

Das Nachschließen ist streng untersagt.



Berlin. In der Branchenversammlung am 22. Mai wurde der Bericht von der örtlichen Generalversammlung gegeben. Dann hielt ein Kollege einen Vortrag über „Rechte und seine Zeit“. Drei Vorstandsmitglieder des sogenannten Deutschen Portierverbandes hatten sich ebenfalls zu dieser Versammlung eingefunden, trotzdem uns die Versammlungen jenes Vereins hermetisch verschlossen sind. Die Herren nutzten die ihnen gewährte Redefreiheit aus und erklärten unter dem Gelächter der Anwesenden, daß ihr Verband eine moderne Gewerkschaftsorganisation sei. Herr Dengler wusch und wusch aber sein Mohr wurde nicht weiß. Zwischen Behauptungen und Tatsachen besteht eben allemal eine große Kluft. Deshalb war es unseren Kollegen W o s s a c k und L e u b e ein Leichtes, dem Herrn nachzuweisen, daß seine Worte mit seinen Taten in argem Widerspruch stehen. Steht doch die Streikunterstützung in diesem Verbändchen nur auf dem gebührenden Portier und hat sich der Portierverband bei den verschiedenen Lohnbewegungen noch niemals solidarisch erwiesen. Die Redner bewiesen dies an der Hand verschiedener Fälle. Vor kaum zwei Jahren hatten die Herren mit uns eine Resolution beschlossen, die zur gemeinsamen Bekämpfung der Fabrikfabriker verpflichtet, und der Portierverband hatte darauf nichts Eiligeres zu tun, als selber eine solche Schule zu errichten. Die Schüler dieser überschwommen nun ebenfalls den Arbeitsmarkt und drücken

auf die Löhne. Das konnte auch ein weiterer Redner des Portierverbandes trotz des vielen konfusen Zeugnis, das er vorbrachte nicht widerlegen. Schließlich erklärten sich die Herren noch gegen einen Anschluß an unseren Verband, was man ihnen aber bei ihrem Gelbesvermögen nicht zu übelnehmen darf. Die Herren wurden noch aufgefordert, uns in ihren Versammlungen ebenfalls Redefreiheit zu gewähren. Haben die Herren den Mut dazu, diesen, unseren bescheidenen Wunsch zu erfüllen, dann werden die Mitglieder schon selbst entscheiden können, auf welcher Seite Recht und Logik zu Hause ist.



Breslau. Nachdem es uns in den drei größten Glasreinigungs-Instituten gelungen ist, die Lohnarbeitsverhältnisse für die Kollegen tariflich festzulegen, ist es nun auch bei den kleineren Unternehmern vorwärts gegangen, d. h. die dort beschäftigten Berufskollegen haben ebenfalls den Weg zur Organisation eingeschlagen, nachdem sie die Vorteile erkannt hatten. Auf Grund der Einigkeit der Kollegen wurde jetzt ein Tarifvertrag abgeschlossen, dessen wichtigste Positionen wir hier wiedergeben: Die Arbeitszeit beginnt im Sommerhalbjahr, d. i. vom 1. April bis 30. September, um 6 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Im Winterhalbjahr, d. i. vom 1. Oktober bis 31. März, um 6 1/2 Uhr morgens und endet um 5 1/2 Uhr abends, unter Wegfall der Vesperpause. Sonnabend ist um 5 Uhr Feierabend. Der Lohn für Anfänger beträgt 15 Mk. mit vierteljährlichen Zulagen von 50 Pfg. Arbeiter, die nachweislich schon ein Jahr als solche tätig sind, erhalten einen Lohn von 18 Mk. mit vierteljährlichen Zulagen von 50 Pfg. Arbeiter, welche nachweislich schon 2 Jahre in der Branche tätig sind, erhalten einen Anfangslohn von 20 Mk. mit vierteljährlichen Zulagen von 50 Pfg. bis zum Höchstlohn von 25 Mk. Eventuelle höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden. Jeder Angestellte erhält den seinem Dienstalter entsprechenden Lohnsatz. Für das Fassadenwaschen wird ein Zuschlag von 20 Pfg. pro Stunde gezahlt. Für das Reinigen von Glasdächern mit Säure wird ein Zuschlag von 20 Pfg. pro Stunde und ohne Säure ein solcher von 10 Pfg. pro Stunde gezahlt. Hilfsarbeiter erhalten pro Tag 4 Mk. Ueberstunden, die nur in dringenden Fällen zu machen sind, werden für die Zeit von 6 bis 9 Uhr abends mit 50 Pfg. pro Stunde vergütet, und Nachtarbeit in der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mit 75 Pfg. pro Stunde bezahlt. Durch Abschluß dieses Tarifvertrages sind wir wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen. Schritt für Schritt gehen wir dem Einheitsstark für Breslau entgegen. Kollegen Fensterputzer, sorgt deshalb mit allen Kräften dafür, daß der Organisationsgedanke unter den Kollegen ein noch festerer wird, um im gegebenen Falle wieder kampfbereit aufzutreten zu können.



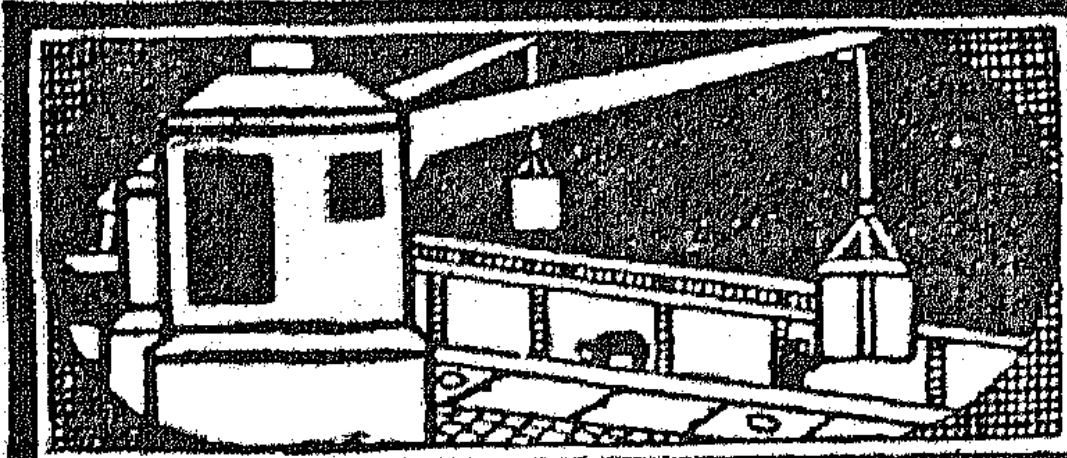
Berlin. Die Abteilung Osten hielt am Mittwoch, den 5. Juni, ihre Monatsversammlung ab und für die Abteilung Lichtenberg fand die Monatsversammlung am Sonnabend, den 8. Juni statt. Nach Verlesung des Protokolls hielt der Vorsitzende, bzw. ein Mitglied des Arbeiter-Wanderbundes, die Naturfreunde einen sehr interessanten Vortrag über: „Wie muß man wandern“. Die Redner führten unter anderem aus, daß das Wandern nicht als Sport betrieben werden dürfe, um Höchstleistungen zu erzielen, sondern es soll bei mäßiger Bewegung der Erholung dienen. Nicht die Landstraßen und großen Bierlokale, in den viel Staub eingeatmet werden muß, sollen frequentiert werden und es braucht auch nicht Regel geschoben oder Etat geklopft zu werden. Solche Partien erreichen meist schon am Anfang ihr Ende. Es soll vielmehr nachgeholt werden, was Schule und Gesellschaft an den Proletariern veräußert hat. In kleineren Trupps sollen Berge und Wälder durchstreift werden und jeder wird überrascht sein, wie schön die „mächtige Sandkiste“ mit ihren Waldseen ist. Leichte und bequeme Kleidung und dito Schuhwerk ist dazu erforderlich und nicht das Allerbeste soll man zu Wanderausfahrten anziehen. Nahrungsmittel ient. Getränke sollen mitgenommen werden, damit jeder sein eigener Koch und sein eigener Stellner ist. Alkohol ist am Tage möglichst zu meiden und daher ist das Aufsuchen von Gastwirtschaften unnötig. Weiter zeigten die Referenten praktisch, was alles mitzunehmen und auf welche Weise es im Rucksack zu verpacken ist. Das Kochgeschirr, welches vorgezeigt wurde, ist im Jugendheim für 2,70 Mk. käuflich. Die Anwesenden folgten den teils humoristischen Ausführungen mit größter Aufmerksamkeit und spendeten dem Redner am Schluß reichen Beifall.

Alsdann wurde beschlossen, am 16. Juni eine Wanderausfahrt nach der Löcknitz, Grünheide und Alt-Wuchhorst zu veranstalten. Eine Spielpartie nach dem Schloßpark in Friedrichsfelde soll am 30. Juni stattfinden, denn die vorige Spielpartie hat großen Mißklang gefunden.

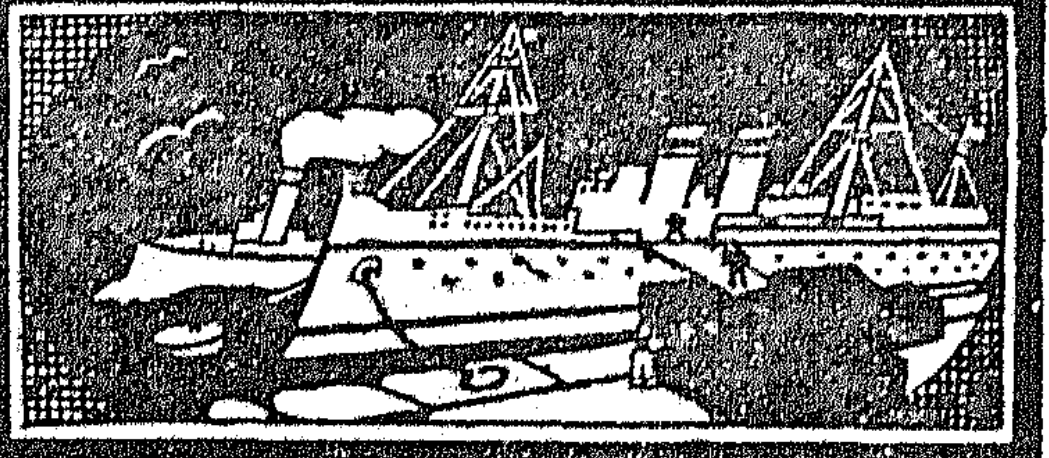
In der nächsten Monatsversammlung wird unser Delegierter Bericht erstatten, über den Verlauf des Verbandstages. Weiter findet am 14. Juli eine Partie mit Angehörigen nach Wilhelmshagen und am 3. bis 4. August eine Nachtpartie statt.

Zur Einübung von Wanderspielern soll Montags abends eine Singstunde eingerichtet werden. Beginn und Lokal wird noch bekannt gegeben. Schließlich ist noch eine Beschäftigung der Einrichtung des neuen Schauspielhauses und eine Führung durch den botanischen Garten geplant. Auch sollen die Einrichtungen einer Groß-Bräuerei beschäftigt werden.

Einige Abteilungsangelegenheiten wurden besprochen und eine Kollegin forderte zur besseren Agitation unter den weiblichen Berufstätigen auf. Dann wurde noch beschlossen, die Namen derjenigen Bezirksführer, welche in den Versammlungen fehlten, im Protokoll und Bericht zu vermerken.



Hafenarbeiter



Fühlt der Reichsdirektor Winter sich beleidigt? Auf Antrag der vorgesetzten Behörde des Reichsdirektors Winter hat die Berliner Staatsanwaltschaft Anzeige gegen unseren Verantwortlichen erhoben. Ausgangs des Jahres 1911 äußerte sich Winter gegen zwei gemahregelte Arbeiter wie folgt:

„Ich will zugeben, daß ich die Arbeiterbewegung nicht aufhalten kann, aber hier im Staatskatholik, wo ich die Macht in Händen habe, werde ich sie bekämpfen, solange ich lebe und ich werde dabei bei keinem Mittel zurückzureden.“

Sie können mich ja nun in der Öffentlichkeit mit Schmutz bewerfen. Darüber lache ich. Es freut mich sogar.“

In der Nr. 51 des „Courier“ vom 17. Dezember 1911 haben wir versucht, dem Wunsch des Herrn Winter entgegenzukommen. Diese Liebhaberzeilen des Reichsgehaltigen sind nun zwar durchaus nicht nach unserem Geschmack, aber anscheinend auch nicht nach dem Geschmack der vorgesetzten Behörde Winters. Deshalb bringt sie auf eine gerichtliche Klarstellung des Verhältnisses zwischen Direktor und Arbeiter des Hamburger Staatskatholikes. Was an uns liegt, soll geschehen, wenn es gilt, Licht über die direktorate und sonstige Tätigkeit Winters zu verbreiten.

Dann soll ein Berliner Gerichtshof darüber befinden, ob Winter die Arbeiterbewegung mit allen Mitteln bekämpfen darf.

Hamburg. Die oft an Privatität grenzende Fabrikfähigkeit bei der Beförderung der Hafenarbeiter ist schon häufig Gegenstand we-

terer Kritik gewesen. In letzterer Zeit hat die Hamburg-Amerika-Linie, die überall die erste sein muß, auch in der Frage der Beförderung, oder richtiger: der Nichtbeförderung der Schauerleute die Führung übernommen. Vor einigen Tagen arbeiteten im Aufwärtshafen mehrere Dampfer bis abends 9 Uhr. Es kamen etwa 300 Schauerleute in Frage, die befördert werden sollten. Außerdem drängen sich natürlich auch die Kaiarbeiter hinzu, obgleich diese auf Beförderung keinen Anspruch haben. Als nun die Arbeiter auf den Pontons anlangten, lag dort nur der kleine Dampfer „Tepre“, der etwa 70 Personen faßt. (Soweit Oberbizen, Wizen und Unterbizen müssen bei den 300 Schauerleuten doch fast vorhanden gewesen sein.) Wenn nun die Arbeiter ihren Unmut an den Wizen ausgelassen hätten, wäre es verständlich gewesen. Bei dem Sturm auf den Dampfer kam es jedoch zu einer recht häßlichen Szene zwischen den Arbeitern. Es wurde ein regelrechter Faustkampf ausgekämpft. Während der Zeit legte der Dampfer vom Ponton ab und fuhr erst nach Beendigung des rohen Aufritts mit einigen wenigen Arbeitern fort. Auf dem Ponton standen einige hundert Arbeiter, die auf die ihnen zustehende freie Beförderung warteten. Ein zweiter Dampfer konnte wiederum nur 60 Personen fassen. Er fuhr zum Sinken überladen ab. Die meisten sich auf diesem Dampfer befindlichen Arbeiter sind auf der Fahrt völlig durchnäßt worden. Die letzten Arbeiter wurden erst zehn Minuten vor 10 Uhr befördert, sie haben also eine Stunde ihrer lang bemessenen freien Zeit verloren. Hoffentlich werden sie diese Zeit bezahlt verlangen. Da es doch genau bekannt ist, wieviel Arbeiter zu befördern sind, liegt die Fahrlässigkeit klar vor Augen. Wenn die Schauerleute eines Tages jede Spätarbeit verweigern, dann braucht die Hamburg-Amerika-Linie es nicht zu wundern. — Glaubt die reiche Gesellschaft, daß ihre Dividendenströme geschädigt werden, wenn sie die Kaiarbeiter auch befördert, nun, so ist es ihre Sache, eine wirksame Kontrolle zu üben, daß nur Schauerleute an Bord kommen. Vor allen Dingen

haben die Arbeiter die Pflicht, eine „Kontrolle“ zu verhindern, wie sie in diesem Fall durch die Prügellei geübt wurde. Fühlt ein Arbeiter sich durch die Pflichtvergeßlichkeit der Gesellschaft veranlaßt, seinen Unwillen durch Muskelarbeit freien Lauf zu lassen, so ließen sich doch wirklich bessere Ob(Sub)jekte finden.

Bisher hat die Gesellschaft ihre Pflicht immer nur bei der Beförderung der Arbeiter an Land verletzt. Morgens ist jede Minute kostbar, — abends hat die Gesellschaft kein Interesse mehr an den Arbeitern. Das „Preßgeschäft“ ist erledigt. — Nun klagen aber die Schauerleute dem „Hamburger Echo“ ihr Leid über die Beförderung am Morgen. Es handelt sich um Parteien, die ständig bei der Hamburg-Amerika-Linie arbeiten. Am Montag, 3. Juni, blieben 24 Mann, die sich rechtzeitig auf der Abfahrtsstelle eingefunden hatten, stehen. Der Beförderungsdampfer fuhr ab, ohne die zulässige Zahl aufgenommen zu haben. Die Zurückgebliebenen benutzten den Tunnel, um nach ihrer Arbeitsstelle zu gelangen und sind auch, auf ihrem Arbeitsplatz angekommen, ohne jede Einrede von den Wizen in Arbeit gestellt worden. Am Dienstag, 4. Juni, blieben amähernd 74 Arbeiter auf dem Ponton der St. Pauli-Landungsbrücke stehen, ohne daß man sie mit einem Dampfer abholte. Da auch keine andere Order ausgegeben war, blieben sie bis 7 Uhr auf dem Ponton stehen und warteten auf einen Beförderungsdampfer. Da dann auch noch keiner kam, gingen sie durch den Tunnel. Drüben angekommen, wurden auch einige der Leute auf den Dampfern „Cherusta“ und „Goldensfels“ aufgestellt. Auf einigen anderen Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie wurde einigen Leuten gesagt, daß sie um 9 Uhr mit der Arbeit beginnen könnten. Dem Rest dieser Arbeiter teilte man mit, daß sie ihre Arbeitskarte von der Arbeitsnachweisstelle am Baumwall abholen könnten, Befähigung sei für sie nicht da. Diese Arbeiter haben am Abend vorher kein Ausschreiben erhalten und sie sind rechtzeitig um 6 Uhr zur Beförderung auf dem Ponton gewesen. Sollte hier nun Maßregeln oder nur eine Nachlässigkeit des verantwortlichen Wizen

vorliegen? Die Schauerleute wollen sich eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen, sie verlangen einen halben Tagelohn von der Hamburg-Amerika-Linie.

Hamburg. Die in Nachtbetrieben und bei der Kalverwaltung beschäftigten Katarbeiter und das Ergebnis der Lohnbewegung. Eine Mitgliederversammlung aller in den Nachtbetrieben und bei der Kalverwaltung beschäftigten Katarbeiter am 30. Mai nahm den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein entgegen. S. führte aus, daß die Arbeitgeber die Verhandlung über die Festsetzung der Löhne der festen Arbeiter ablehnten und nur für die Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter der Nachtbetriebe sich zu den Verhältnissen nicht im entferntesten Rechnung tragenden Zugeständnissen bereit erklärten. Für die Hilfsarbeiter, die durch die Zulage von 20 Pf. im November 1911 4,20 Mk. pro Tag erhalten, könne eine weitere Erhöhung nicht zugestanden werden, was damit begründet wurde, daß die Staatskalarverwaltung ihren Hilfsarbeitern nur 4 Mk. zähle und wir den Staat veranlassen sollten, mit gutem Beispiel voranzugehen. Der Lohn für Gelegenheitsarbeiter, der bis zum 20. November 1911 in den Nachtbetrieben noch 3,40 Mk. betrug, dann auf 3,60 Mk. gesetzt wurde, soll ab 3. Juni 1912 um 20 Pf., also auf 3,80 Mk. erhöht werden, doch ist zu bemerken, daß auch nach halben und dreiviertel Tagen Bezahlung erfolgt. Für die Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit sowie durchgearbeitete Pausen wird pro Stunde für die Hilfsarbeiter 0,70 Mk., für Gelegenheitsarbeiter 0,60 Mk. bezahlt. Der Mindestverdienst beträgt 3,50 Mk., bei Sonn- und Festtagsarbeit 2,10 Mk. Arbeitszeit und Espansen sind denen der Schauerleute angepaßt, nur mit dem Unterschied, daß der halbe Tag von 6 bis 12 Uhr statt bis 11 1/2 Uhr gilt. Am Vorabend des Weihnachtstages ist um 4 Uhr der Tag voll. Die Nachtarbeit gilt von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mit den Pausen wie bei den Schauerleuten. Jeder Arbeiter erhält nach Beendigung der Arbeit auf der Arbeitsstelle seinen Lohn bar auszubezahlt oder einen Lohnzettel, welcher am nächsten Tage eingelöst wird. Der Lohnzettel soll nach der Erklärung der bei der Verhandlung anwesenden Inspektoren nur in den Fällen Anwendung finden, wenn die Arbeiter nachts bis 9 oder 12 Uhr arbeiten. Die Inspektoren gaben die Erklärung ab, daß sie in allen Betrieben bereit seien, wenn ihnen brauchbare Arbeiter gestellt werden, diese als Hilfsarbeiter einzustellen und den Lohn von 4,20 Mark zu zahlen. Auf unsere Anfrage, wer über die Brauchbarkeit und Einstellung entscheiden solle, konnte man keine bestimmten Angaben machen. Alle Versuche, den schlechtesten Arbeiter noch mehr an Lohn zu willigen, scheiterten an dem starren Mein der Arbeitgeber, die immer wieder auf die schlechten Löhne am Staatskal Bezug nahmen und uns sogar volle Unterstützung zusagten, wenn wir beim Staatskal die Verhältnisse ändern würden. Als wir ihnen erklärten, dann müßten wir beim Staatskal freiken, war es mit der Solidarität zu Ende.

Hindern für die Erhöhung der Löhne sind die beim Staatskal und der Hamburg-Amerika-Linie eingeführten Pauschalordnungen, nach welcher nur ein Vorschuss an Lohn von 4,20 Mk. für die festen Arbeiter und 4,50 Mk. für die Ober- und Vorarbeiter gezahlt wird, der Akkordüberschuss dann nach vierwöchentlichen Lohnperioden berechnet und wenn ein Ueberschuss vorhanden, dieser auf die Akkordarbeiter verteilt wird. Erhöht man den Lohn für Hilfsarbeiter über den Vorschuss der festen Arbeiter von 4,20 Mk., so ist man gezwungen, die Akkordätze und den Vorschuss ebenfalls zu erhöhen, und daran sei nicht zu denken. Habe der Staat, so erklärte die Verhandlungskommission der Arbeitgeber, doch einen Ausschuss eingesetzt, der prüfen soll, wie die Kosten der Katarbeit billiger zu gestalten sind, und das wird natürlich wieder auf die Akkordarbeiter abgewälzt werden. Die neunstündige Arbeitszeit soll auch für die Katarbeiter ab 1. Mai 1913 in Kraft treten. Von dem Abschluß eines Vertrages, der abhängig ist von dem materiellen Inhalt, konnte infolge der minimalen Zugeständnisse keine Rede sein.

Die Woermann- und Ostafrika-Linie hat am 28. Mai bekanntgegeben, daß ab 10. Juni 1912 die Höchsthöhe für die festen Arbeiter um je 1 Mk. steigen. Diesen Höchsthöhe erreichen die Vorarbeiter nach 4jähriger „Dienstzeit“ mit 36 Mk. pro Woche. Die festen Kranführer nach 3jähriger Tätigkeit mit 36 Mk., die Hilfskranführer nach 3jähriger Tätigkeit mit 34 Mk. Bei den Schuppenführern beträgt ab 10. Juni der Höchsthöhe nach 3jähriger Tätigkeit 35 Mk. und bei den festen Katarbeitern nach 3jähriger Tätigkeit 31 Mk. pro Woche. Der Unterschied zwischen Anfangslohn und Höchsthöhe wird dadurch überwunden, daß nach je einem Jahre der Lohn um 1 Mk. steigt. Die Nacht- und Sonntagarbeit sollen die Vorarbeiter und Kranführer pro Stunde mit 80 Pf., sonst 70 Pf., die festen Katarbeiter mit 75 Pf., sonst 70 Pf., halbe Stunden für alle Gruppen mit 40 Pf., sonst 35 Pf., vergütet haben. Für die in die Woche fallenden Festtage wird zum Tagelohn ein Zuschlag von 1 Mk., sonst 50 Pf. bezahlt. Für Wochen werden 5,20 Mk., sonst 5 Mk. bezahlt.

In der Diskussion sprachen alle Redner ihre Mißbilligung über die geringen Zugeständnisse aus; Sch. hob noch besonders hervor, daß, solange die Nachtbetriebe und der Staatskal derartig niedrige Löhne zahlen, sie immer damit zu rechnen haben werden, daß die Arbeiter nur vorübergehend diese Arbeit annehmen und sie wieder verlassen, sobald ihnen Lohnerebere Beschäftigung geboten wird. Zurückzuweisen sei der Standpunkt, sich hinter den Gruppen der Schauerleute und Kwerführer zu verstecken. Die Katarbeiter und Kranführer sind nach der Zahl

der Beschäftigten die größte Gruppe im Hafen, dies müsse endlich auch in bezug auf die Organisation Wahrheit werden, wenn die jahrelangen Mißstände eine wesentliche Minderung zum Besseren erfahren sollen. Auch die Katarbeiter müssen sich rüsten zum Kampf und sich eine straffe, einheitliche Organisation schaffen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 30. Mai tagende Versammlung der Katarbeiter nimmt Kenntnis von dem Verhandlungsergebnis mit dem Hafenbetriebsverein und bedauert das außerordentlich geringe Entgegenkommen betreffs Aufbesserung der Lohnsätze. Die Versammlung betrachtet das Angebot lediglich als Abschlagszahlung und verpflichtet die Anwesenden, für den weiteren Ausbau der Organisation energischer wie bisher zu sorgen und dahin zu wirken, daß alle Katarbeiter möglichst bald der Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, dem nur diese ist für Hafenarbeiter, Katarbeiter zuständig, zugeführt werden, um durch weitergehende Maßnahmen schließlich das zu erreichen, was den Katarbeitern bisher noch vorenthalten wird.“

Halle a. S. Wir lassen durchblicken, daß wir im Besitze von Papieren wären, die uns einen Einblick in die Praktiken der Unternehmer zur Herbeiführung von Streikbrechern gestatten. Im Nachstehenden wollen wir der Öffentlichkeit vor Augen führen, in welcher zynischer Weise mit Menschenfleisch gehandelt wird. Zuerst sei folgendes Schreiben zum Abdruck gebracht, das über eine Verhandlung mit einem Streikbrechervermittler Aufschluß gibt:

Halle a. S., 6. Mai 1912. Herrn J. S. Hoppe, hier. Ich bestätige mein heutiges Telegramm sowie telephonische Unterhaltung, wonach ich auf Bestellung von 50 Arbeitern für Halle verzichte. Zu dieser Bestimmung kam ich dadurch, daß beide von Ihnen in Ihrem Prospekt angegebenen Referenzen ungünstig über Ihr Unternehmen aussagten und kann ich mir gar nicht denken, daß die beiden Firmen Ihnen die Erlaubnis gegeben haben, sie als Referenzen zu nennen. Irigendwelche Entschädigung haben Sie daher nicht zu beanspruchen.

Hochachtungsvoll
Para kovra (undeutlich).
Dieses Schreiben muß dahin verstanden werden, daß sich die hiesigen Arbeitgeber mit dem Streikbrecherlieferanten Hoppe nicht einig wurden, weil seine Referenzen nicht einwandfrei genug erschienen. — Es mag nunmehr ein anderes Schriftstück folgen, das den Menschenhandel weiter beleuchtet. Es lautet:

H. E. 6. Mai 1912. „Centrale.“ Halle a. S. Ich telephonierte heute mit Ihnen von Herrn Heßberg, Blankenese, aus und teilte Ihnen noch mit, daß die Auskunft der anderen Firma, welche Hoppe als Referenz angab, ähnlich lautete wie diejenige von Oppenheim, so daß ich darauf sofort die Verbindung mit Hoppe abbrach. Wenn uns nun Hoppe Referenzen angibt, wozu er keineswegs berechtigt ist, und die Auskünfte von diesen Referenzen miserabel lauten, ist man auch nicht verpflichtet, irgend welche Kosten für Bemühungen zu zahlen. Die Firma Heßberg dagegen ist ersichtlich und wurde was vom hiesigen Hafenarbeiterverband (gemeint ist der Hamburger) und anderen Firmen empfohlen. Die Bedingungen habe ich Ihnen ja telephonisch genannt und erwarte nun bis spätestens morgen vormittag Ihren Bescheid, ob Sie 50 Mann haben wollen oder nicht. Wenn Sie nicht glauben, in diesen Tagen ohne neue Leute fertig zu werden, so wäre es jedenfalls besser, Sie gehen dieses Arrangement ein, denn solange der Streik anhält, und die Landschaft weiß, daß der Umschlag dadurch verzögert wird, erhalten wir doch auch keine Güter für Halle.

Herr Schwarz, Direktor der Saale-Neederei, telephonierte allerdings schon heute morgen, daß er sich beholfen habe, indem er von einem Gut (Nagel-Trotha) acht Pollacken erhielt, welche heute morgen schon 16 Waggons Getreide und auch verschiedene Stückgutwaggons erledigt haben. Wenn Sie sich mit dem Spediteurverein und der Zentral-Genossenschaft die Beute teilen, so sind die Kosten ja gar nicht so hoch, und Sie können den Betrieb aufrecht erhalten.

Hochachtungsvoll
Para kovra (undeutlich).
Nach diesem Aufschreiben scheint man sich der Firma Heßberg in Blankenese bei Hamburg versichert zu haben und mit ihr handelsleins geworden zu sein. Dies läßt sich auch daraus schließen, weil wir schon melden konnten, daß tatsächlich circa 50 Arbeitswillige von Hamburg hier angekommen und in Nacht und Nebel vom Hauptbahnhof auf die Hafenbahn überführt wurden und dort zur Ausladung und Einquartierung kamen. Interessant ist es nun, die Beträge lernen zu lernen, die die Arbeitswilligen mit der Lieferantenfirma abschließen mußten und welchen Vertrag die Arbeitgeber in Halle mit dem Heßberg einzugehen hatten. Diese Verträge haben ungefähr folgenden Wortlaut:

„Arbeitsvertrag.“
Ich Un- und Unterzeichneter, verpflichte mich durch Unterschrift, als Arbeiter bei Herrn Ad. Heßberg, dem Unternehmer für die Arbeiten der Neederei der Saale-Schiffahrt, Hafenbetrieb in Halle a. S., wo gegenwärtig die Arbeiter im Streik stehen, die Arbeiten unter nachfolgenden Bedingungen anzutreten.
1. Mein Engagement bich ich von Herrn Heßberg und dessen Vertreter darauf hingewiesen, daß auf dem Arbeitsplatz, wohin ich mich auf diesen Ver-

trag Herrn Heßberg gegenüber verpflichtet habe, getreift wird.

2. Der durch Unterschrift gezeichnete Arbeiter steht im Lohn- und Arbeitsverhältnis nur zu Herrn Heßberg und hat an die obengenannte Firma keine Forderungen zu stellen.
3. Der Lohn beträgt pro Tag, bei zehnstündiger Arbeitszeit, 4.— Mk. Für Ueberstunden 50 Pf., nebst gänzlich freier Station.
4. Der gesamte Lohn wird nach Beendigung des Streiks ausgezahlt und zwar nur von Herrn Heßberg oder dessen Vertreter. Jedoch wird im Bedarfsfalle ein Vorschuss im Höchstbetrage von 15 Mk. pro Woche gewährt und auch nur dann, wenn dieser für die Familie des Arbeiters bestimmt. Dieser Vorschuss wird von Herrn Heßberg per Post an die Angehörigen abgesandt.
5. Für gemeinsames Unterkommen und Verpflegung ist gesorgt und werden hierfür keine Abzüge gemacht.
6. Die Kosten der Hin- und Rückreise trägt Herr Heßberg und entstehen dem Arbeiter hierdurch keinerlei Unkosten, sobald er alle Verpflichtungen dieses Vertrages erfüllt hat.
7. Verläßt der unterzeichnete Arbeiter vor Beendigung des Streiks und der gemeinsamen Abreise der übrigen Arbeiter aus eigenem Antriebe die Arbeit, so ist Herr Heßberg berechtigt, vom verdienten Lohn 25 Mk. als Konventionalstrafe in Abzug zu bringen.
8. Jeder Anordnung der Transporteure, Kontrolleure und Betriebsleiter ist unbedingt Folge zu leisten. Ungehorsam, Trunkenheit und Diebstahl usw. sind Gründe für sofortigen Entlassung, — ebenfalls ist das Mißführen von Schnaps auf der gemeinsamen Hin- und Rückfahrt strengstens untersagt. Wenn der unterzeichnete Arbeiter hierbei betroffen wird, so wird derselbe auf der ersten Haltestelle des Zuges von der Weiterfahrt ausgeschlossen und hat die Kosten der Rückreise selbst zu tragen.
9. Ueberschichten und Extraschichten werden von der Neederei der Saaleschiffer selbst bezahlt.
10. Wenn der Streik siegreich beendet ist, erhält jeder Arbeiter eine von obiger Firma nach ihrem Ermessen zu bestimmende Gratifikation. Diese Gratifikation erhalten aber nur diejenigen Arbeiter, welche sich während des ganzen Streiks als tüchtige und arbeitswillige Arbeiter erwiesen haben.
11. Jeder Arbeiter erkennt ausdrücklich durch Unterschrift an, daß er gesund ist und keine Krankheiten verschwiegen hat, welche ihn in der Arbeit behindern. Sollte sich nachher das Gegenteil herausstellen, so hat der unterzeichnete Arbeiter keinen Anspruch auf die ihm zugesagte Arbeit, und hat die Rückreise aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Unterchrift:
Blankenese, den 6. 5. 1912.
„Vertrag.“
Solweit der Vertrag, den die Arbeitswilligen mit ihrem Agenten abgeschlossen. Nicht folgt der Vertrag, mit dem der Agent die Streikbrecher an den Unternehmer verhandelte:

„Vertrag.“
Zwischen der Firma „Neederei der Saaleschiffer“ in Halle einerseits und Herrn Adolf Heßberg in Blankenese andererseits, ist heute nachstehender Vertrag geschlossen.
§ 1. Herr Adolf Heßberg verpflichtet sich, in aller kürzester Zeit sofort 50 Arbeiter nach beiliegender Qualifikation zu stellen.
§ 2. Die vereinbarte Vergütung beträgt pro Arbeiter 40.— Mk.
§ 3. In der angegebenen Summe sind die Kosten der Hin- und Rückreise, der ärztlichen Untersuchung, Verpflegung während der Reise, sowie Ersatz der Ausgaben des Herrn Heßberg für Provision und Transportkosten der Transporteure eingeschlossen.
§ 4. Von Herrn Heßberg nach Maßgabe der nach § 2 zu zahlenden Vergütung ist die zweite Hälfte bei Ablieferung der Arbeitswilligen zu zahlen.
§ 5. Herrn Adolf Heßberg ist es gestattet, bis zu 10 pCt. über oder unter der vereinbarten Zahl zu stellen und werden diese ebenfalls mit dem in § 2 angeführten Preise berechnet.
§ 6. Jeder Arbeiter gibt eine Unterschrift bezugnehmend auf den Inhalt des Arbeitsvertrages ab. Der Lohn beträgt für zehnstündige Arbeitszeit 4.— Mk., für Ueberstunden 50 Pf.
§ 7. Außer dem nach § 6 zu zahlenden Lohn, erhält jeder Arbeiter freie Verpflegung und ein dem Umstand angemessenes Quartier.
§ 8. Der Lohn für Kontrolleure beträgt 15.— Mark den Tag nebst gänzlich freier Station und Wohnung.
§ 9. Von dem Augenblick an, wo Herr Heßberg den definitiven Auftrag zur Stellung der Arbeitswilligen erhält, bis zu dem Zeitpunkt der Ankunft der Arbeitswilligen in der Heimat nach beendigtem Streik ist der nach § 6 vereinbarte Lohn zu zahlen.
§ 10. Die sämtlichen gestellten Arbeitswilligen und Kontrolleure stehen nur zu Herrn Heßberg in Lohn- und Arbeitsverhältnis, der in der laufenden Woche verbiente Arbeitslohn muß Herrn Heßberg an jedem darauf folgenden Montag der nächsten Woche eingesandt werden. Bei Beendigung des Streiks der noch ausstehende Lohn vor der Abreise der Arbeitswilligen an Herrn Heßberg auszusahlen, überhaupt sind sämtliche Differenzen vor der Abreise der Arbeitswilligen zu regeln. Spätere Reklamationen werden nicht berücksichtigt.
§ 11. Die gefällig zu erfolgende Anmeldung der Kontrolleure und Arbeitswilligen für die Krankenkasse, Invalidität und Unfallversicherung hat die obige Hallesehe Firma zu veranlassen, und muß auch sämtliche Beiträge auf ihre Kosten übernehmen, etwaige

Hieraus entstehende Folgen fallen zu Lasten obiger Firma.

§ 12. Der Entlassung der Arbeitswilligen nach Beendigung des Streiks hat stets eine dreitägige Kündigung voraus zu gehen. Sollte die Abreise sofort nach Beendigung des Streiks erfolgen müssen, so ist für die Frist von drei Tagen ebenfalls der Tagelohn nach § 6 zu zahlen.

§ 13. Bei Beendigung des Streiks zugunsten der Firma erhält jeder Kontrollleur und Arbeiter eine nach Ermessen und unter Hinzuziehung des Herrn Heßberg zu vereinbarenden Gratifikation; der Betrag darf aber 10,- Mk. pro Mann nicht unterschreiten.

§ 14. Für etwaige Streitigkeiten, welche aus diesem Vertrage entstehen sollten, unterwerfen sich beide Parteien der Zuständigkeit der Hamburgischen Gerichte. Unterschriften."

Ueberblicken wir nun das ganze Schachergeschäft, so ergibt sich folgendes: Die Arbeitgeber zahlen auf Grund der abgeschlossenen Verträge, für die erste Zeit berechnet, pro Woche über 3000 Mk. an Mehrausgabe gegenüber den bisherigen Verhältnissen. Die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen würden sich mit einer Lohnaufbesserung von 5 Pf. pro Stunde unter Umständen zufrieden geben. Das würde bei rund 100 in Frage kommenden Personen pro Woche nur eine Mehrausgabe von 300 bis 350 Mk. bedeuten. Die Arbeitgeber ließen mehrfach durchblicken, daß sie bei dieser Mehrausgabe zugrunde gehen und der ganze Schiffsverkehr dann darunter leiden müßte. Hier steht man aber, daß dieselben Herren auf der anderen Seite statt 300 Mk. das Dreifache hinauswerfen, ohne daß sie Schaden dabei leiden. Jedenfalls kann bei diesem Kampf, wie so oft, festgemacht werden, daß die Herren vom Kapital es sich sonst was kosten lassen, wenn sie dabei nur ihrem Gefühle, die Arbeiter niederzuknüppeln, frönen können. Im vorliegenden Falle steht man besonders stark, wie es das Kapital fertig bringt, circa 100 Familienväter, die am Orte Steuern zahlen und sich um ihre Angehörigen recht und schlecht durchs Leben schlagen müssen, aufs Trockene setzt und sie anzuhungern sucht. Die Ausständigen sind zu jeder Zeit bereit, eine Einigung herbeizuführen; keineswegs werden sie aber, wie man es so recht gern haben möchte, zu Kreuze kriechen.

Bremen. Wie wir der „Bremer Bürgerzeitung“ entnehmen, hat die Bremer Ortsverwaltung über die Stauereifirma A. Tobias die Sperre verhängt wegen Nichtzahlung des Lohnes. Die Firma sandte dem Bremer Parteiblatt dann eine „Berichtigung“, in der sie die Angaben der Verbandsleitung bestritt. Darauf veröffentlicht unsere Ortsverwaltung den Sachverhalt, dem wir folgendes entnehmen:

Sechs Stauerarbeiter waren von dem Vorarbeiter A. Adler angenommen worden, 50 Tonnen Kohlen überzuladen. Als circa 37 Tonnen übergehoben waren, bemerkten die Arbeiter, daß die Scheibe in dem Block, welcher am Windebaum befestigt ist, sich festgelaufen hatte. Sie verlangten, daß die Arbeit eingestellt würde, da es für sie mit Lebensgefahr verbunden sei, wenn so weitergearbeitet würde. Diesem Verlangen wurde auch stattgegeben. Es wurde nun festgestellt, daß der Block abgearbeitet, hierdurch geschwächt und verbogen war. Nachdem der Maschinist von dem Dampfer eine notwendige Reparatur vorgenommen hatte, sollte mit demselben Block, da kein anderer vorhanden war, weitergearbeitet werden. Die Arbeiter erklärten jedoch, weil es für sie mit Lebensgefahr verbunden sei, würden sie mit diesem Geschirr nicht weiterarbeiten. Darauf hat der Vorarbeiter Adler gesagt: „Danke, laßt uns doch solange arbeiten, bis das Geschirr von oben kommt.“ Die Arbeiter erwiderten jedoch: „Du hast gut reden, dir kann ja nichts geschehen, weil du an der Winde stehst, wir müssen jedoch unter dem schadhafte Geschirr arbeiten.“ Durch seine Aussage: „Wir wollen solange arbeiten, bis das Geschirr von oben kommt“, hat Adler aber zugegeben, daß man sich jeden Augenblick vergebens warten müsse, daß Scheibe und Block herunterfielen. Hierdurch ließen die Arbeiter jedoch Gefahr, von den Eisenleiten getroffen zu werden. Unsere Kollegen waren deshalb vollkommen berechtigt, die Weiterarbeit zu verweigern. Auch sind im Laufe der letzten Wochen zwei Hafenarbeiter unter ähnlichen Umständen zu Schaden gekommen. (Dampfer „Belham“ und „Neuenstein“. Hier hatten unsere Kollegen in beiden Fällen die Schiffsleitung auf das schadhafte Geschirr hingewiesen. Diese erklärte jedoch, die Befürchtung wäre unbegründet. Was die Hafenarbeiter jedoch befürchteten hatten, sollte auch eintreffen. Auf dem ersten Dampfer wurden einem Arbeiter zwei Finger abgerissen, während auf dem letzteren ein Arbeiter einen doppelten Beinbruch erlitt. Das Ungeheuerliche bei der Sache ist nun noch, daß auf dem ersten Dampfer der Windebaum angeklagt ist, trotzdem er es war, der auf die schadhafte Winde aufmerkksam machte, worauf die Schiffsleitung erklärte, an der Winde würde keine Reparatur vorgenommen, weil keine Gefahr vorhanden sei.) Sodann hat der Vorarbeiter Adler den Leuten gesagt: Sie könnten ihr Geld am nächsten Tage abholen; denn der Leichter würde am nächsten Tage nach Brake verholt werden. Damit war doch das Arbeitsverhältnis gelöst. Als die Arbeiter indessen das Geld abholen wollten, wurden ihnen erklärt, daß es kein Geld gäbe. Das Ergebnis ist also: Der Arbeiter hat mit schadhafte Geschirr so lange zu arbeiten, bis jemand zu Schaden gekommen ist, und ist ein Arbeiter zu Unfall gekommen so werden seine Kollegen angeklagt. Verweigern die Arbeiter die Fortsetzung der Arbeit, weil diese für sie mit Lebensgefahr verbunden ist, dann wird ihnen der Lohn vorenthalten, und sie sollen zu der geleisteten Arbeit dem Unternehmer noch etwas bezahlen, wie aus der „Be-

rechnung“ der Firma Tobias hervorgeht. — Wir müssen deshalb erklären: Die Sperre über die Firma A. Tobias (Adler) bleibt wegen Nichtzahlung des Lohnes bis auf weiteres bestehen.

Königsberg i. Pr. Am Sonntag, den 2. Juni tagte eine gutbesuchte Versammlung der Schiffsarbeiter und Getreideträger. Der Genosse Hartwig hatte das Referat übernommen und behandelte recht eingehend das Thema: „Die Kulturaufgaben der freien Gewerkschaften“. An der Hand zahlreicher und unumstößlicher Beispiele führte der Referent den Versammelten die segensreiche Kulturarbeit der freien Gewerkschaften vor Augen und dokumentierte dadurch aufs neue, daß eine Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse nur durch starke, unabhängige Organisationen möglich sei. Genosse Hartwig bewies auch gleichzeitig die Schäden der gelben Organisationen, deren Mitglieder oft lange Zeit nicht merken, daß sie eigentlich im Banne des Kapitalismus stehen und deshalb wirtschaftliche Kämpfe gegen das Unternehmertum gar nicht führen können. Redner schloß sein vorzügliches Referat mit dem Wunsche, daß auch von den Versammelten jeder einzelne sich in den Dienst der Arbeiterbewegung stelle und somit helfe, die Aufklärung über den Wert der freien Gewerkschaften in alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung zu tragen. Der reiche Beifall, welcher dem Redner zuteil wurde, läßt hoffen, daß seine Ausführungen volles Verständnis fanden und in Zukunft auch die Kollegen Schiffsarbeiter eine etwas regere Agitation im Hafen entfalten werden. Im zweiten Punkte der Tagesordnung nahm Kollege G. Gelegenheit, über die Lohnbewegung der Straßenbahner zu berichten. Er schilderte kurz die Entstehung des Streiks und unterzog das bisherige Verhalten der Direktion sowohl als auch des Magistrats einer scharfen Kritik. Er war der Ansicht, daß der Kampf der Straßenbahner ein Kampf um Existenz und Freiheit sei, und deshalb müsse die gesamte Arbeiterschaft auf Seiten der Streikenden stehen und ihnen durch vollste Unterstützung zum Siege verhelfen. Mit einem kräftigen Appell, daß auch die Versammelten in der Unterstützung der Straßenbahner nicht versagen, vor allem aber die Benutzung der Straßenbahn streng vermeiden, schloß die imposante Versammlung.

Ein alter und ein neuer Schiffsverkehrsdirektor.

Durch die Presse geht die Mitteilung, daß der Direktor des Norddeutschen Lloyd, Christoph Leist, in den Ruhestand getreten ist. Den Hafenarbeitern der Unterweser, wie den deutschen Hafenarbeitern überhaupt, ist Leist kein Fremder gewesen — wenn auch die Art, wie sie mit ihm bekannt geworden sind, nicht gerade angenehm war. Als im Jahre 1903 der damalige (im Jahre 1909 verstorbene) Lloydgewerkschaftsmitglied, die Kommission der Bremerhavener Hafenarbeiter öffentlich der Lüge ziele, ihr vorwarf, ihre Auftraggeber, also die Hafenarbeiter, geküßelt zu haben, da lag es bei Leist, die beschimpfte Arbeiterschaft reinzuwaschen, denn mit ihm hatte die Kommission verhandelt. Und als die Brutalität Wiegands den Streik provozierte, da hätte ein Wort des Direktors Leist den Kampf abwenden können. Aber beides lag nicht im Interesse Wiegands und deshalb zog Leist es vor — verweist er auf eine 63jährige Tätigkeit zurück — nicht weiter abzurechnen. Wie hätte er, der Kleine, dem Plane Wiegands, des „Großen“, wehren können? Nur ausmerten läßt sich die Erinnerung nicht, sie bleibt den Arbeitern ein Schulbeispiel.

Sind schon die Gefühle, mit denen die Hafenarbeiter Leist scheiden sehen, recht gemischt, so gleichen die Gefühle, mit denen sie dem neuen Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Reichstagsabgeordneten Dr. Heckscher, entgegensehen, einem Gemischwarenladen.

Dr. Heckscher soll an Stelle des vor kurzer Zeit verstorbenen Direktors haben die Leitung der sogenannten sozialpolitischen Abteilung übernommen. Der Hamburger Rechtsanwalt ist allen Hafenarbeitern und nicht nur diesen bekannt, durch seine Vermittlungstätigkeit während der Aussperrung der Hamburger Schauerleute im Jahre 1907. Seine Absicht war zweifellos ehrlich, zum mindesten so ehrlich, wie es ein liberaler Politiker mit sozialdemokratischen Arbeitern überhaupt meinen kann. Trotzdem erwartete er sich schon damals in den Kreisen der Hafenarbeiter den Titel: Anwalt der Arbeiter. In einer Sitzung, an der die Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie und anderer Reedereien teilnahmen, protestierte Heckscher energisch gegen diese Beileidigung — es ist jedenfalls originell, daß derselbe Mann heute, nur fünf Jahre später, ebenso energisch protestieren muß, wenn man behaupten wollte, er sei kein Anwalt der Arbeiter. Der Kollege Döring machte den empfindlichen Herrn darauf aufmerksam, daß er sich diesen Titel durch seine Beileidigung der Reeder im Reichstag erworben hätte, als dieser über die Aussperrung der Schauerleute debattierte. Während der Antisemit Maab die Reeder die rückständigste Gesellschaft in Deutschland nannte (über die wenig erhebenden Beweggründe dieses Judenfreßers sind wir uns natürlich nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen), attestierte der „Schwiegersohn der Republik“, der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler, den Hamburger Reeder „weitgehendes sozialpolitisches Verständnis“, und als das noch nicht durchdrang, rief Heckscher, — ausgerechnet Heckscher — die „Vornehmheit und Großzügigkeit“ (!) der Reeder. Das geschah zu einer Zeit, als die Reeder schon drauf und dran waren, die Vereinbarung zu durchbrechen. Das sagte ein Mann, der die ganze Rückständigkeit der Reeder während der Verhandlungen hatte kennen gelernt. Freilich von Vornehmheit, Großzügigkeit und Würde hat der Politiker Heckscher immer eigenartige Ansichten gehabt. Während sein Parteikollege, der kürzlich verstorbene Träger, den sogenannten Bülowblock, die Paarung

von Karpfen und Kaninchen nannte, wurde Heckscher der glühende Apostel dieses widerlichen politischen Gewässers. Er wurde dabei so vorlaut, daß die Witzeblätter ihn als willkommene Zielscheibe ihrer satirischen Pfeile benutzten. Dieser literarischen Grausamkeit seinem Widersacher, dankt Heckscher eigentlich seine „Popularität“. Es ist hier nicht der Ort, auf den politischen Werdegang des neuen Direktors einzugehen; ganz kommen wir aber nicht davon frei, wenn wir wissen wollen, was wir von ihm zu erwarten haben.

Was die Hamburg-Amerika-Linie von ihm erwartet, dürfte ziemlich klar sein. Der Subventionsvertrag des Reiches mit dem Norddeutschen Lloyd läuft ab. Es ist offenes Geheimnis, daß die H. A. L. in irgend einer Weise die Kreise des Bremer Konkurrenzlössen möchte, ohne die Subvention für sich direkt in Anspruch zu nehmen, oder sich sonstwie bloßzustellen. Das wäre eine Aufgabe für Heckscher, die er vielleicht lösen wird, da Hornmann, der Vertreter des Norddeutschen Lloyd im Reichstag bei der letzten Reichstagswahl einem Sozialdemokraten weichen mußte — (vielleicht wird Hornmann jetzt, anstelle des ausgeschiedenen Leist, Lloyddirektor, wenn der Lloyd nicht vorziehen sollte, sich ebenfalls einen Reichstagsabgeordneten zuzulegen). Der Reichstag wird bei der Neuvergebung der Subvention zu prüfen haben, ob das deutsche Volk nicht unter die Balkintraufe kommt, wenn es gilt, den Lloydregen zu meiden.

Und die Hafenarbeiter, Seeleute usw.? Haben sie keinen Wunschzettel? Ach ja, sie hätten wohl einen, ob sie ihn präsentieren werden, steht dahin. Der „sozialpolitische“ Direktor hat während seiner politischen Laufbahn oft Gelegenheit gehabt, seine „sozialpolitische Ader“ springen zu lassen; der Mann ist kein Problem mehr. Ob die sagenhafte sozialpolitische Ader bei Heckscher vorhanden war, wollen wir dahingestellt sein lassen: heute ist sie versteinert, rakelhaft verdorrt. Was die Bülowische Regierungsgewinn begann, das hat die „orientalische“ Gut der H. A. L. vollendet. Heckscher ist sozialpolitisch ein tauter Stumpf, der voraussichtlich keine Blüten mehr treiben wird. — Niemand hätte wir uns lieber gekauft, als diesmal, im Interesse der Arbeiter der H. A. L. — Nach der Probe, die Heckscher aber neuerdings anlässlich der Debatte über den Streik der Ruhrbergleute im Reichstage ablegte, müssen wir gestehen, daß die Hoffnung der Arbeiter auf dem Nullpunkt angelangt ist. Seine Ausführungen hielten an Voreingenommenheit gegen die Arbeiter, an sozialer Verständnislosigkeit, der argsten Scharfmacherrede die Stange. Einige Organe seiner eigenen Partei sind damals mit hörbarem Lärm von ihm abgerückt. Netze Aussichten für die Arbeiter der H. A. L.

bleibt noch die Frage offen: Wie lange wird die Hamburg-Amerika-Linie einen Vertreter im Reichstag haben? Wir wollen weder der Zukunft, noch den Laubenburger Wählern ins Gesicht pfeifen; da aber Heckscher auf Judenfreßertrüben in den Reichstag humpelte, was werden die antijüdischen Wähler dazu sagen, daß ihr „kleineres Uebel“, „Balkin-Judenrecht“ (frei nach der „Staatsbürger-Zeitung“) geworden ist?

Streik der Kohlenarbeiter in Rotterdam. Die Die Allg. Hafenarbeiter-Vereinigung „Streven naar Verbetering“, die infolge von zusammenstößenden störenden Ereignissen, als da sind: die Einführung arbeitssparender Maschinen, wodurch ein paar Tausend Hafenarbeiter aus dem Betrieb gedrängt wurden, die Krise von 1908 und die Errichtung einer Konkurrenzorganisation durch die früheren Leiter von „Streven naar Verbetering“ mit dem daraus fortfließenden Bruderkrieg, an Ansehen gelitten hatte, hat nach jahrelanger energischer Propaganda das Vertrauen und den Einfluß unter den Berufskollegen wiedergewonnen und hat seit Beginn dieses Jahres ihre Mitgliederzahl um einige Hunderte verstärkt. Besonders im Kohlenbetrieb gewann die Organisation an Anhang, da es ihr dort gelang, eine Lohnbewegung vorzubereiten, welche die Masse der im Betriebe Beschäftigten ernstlich berührte. Nach einer Anzahl Agitationsveranstaltungen wurde am 1. März ein Entwurf für die Lohn- und Arbeitsregelung aufgestellt und mit einem Begleitschreiben an die Direktion der Steinkohlen-Handelvereinigung gesandt, mit dem Ersuchen, durch eine Besprechung die Forderungen der Kohlenarbeiter aus dem Wege zu räumen. Zweimal wurde ein Erinnerungsschreiben an diese Firma gerichtet, doch eine Antwort kam nicht. Darauf wurde in einer Versammlung der Stand der Angelegenheit besprochen und dem Vorstand der Organisation Vollmacht gegeben, den Umständen gemäß zu handeln. Am 15. April, morgens 7 Uhr, wurden die Kohlenarbeiter zu einer Versammlung einberufen und die Situation ernstlich erörtert. Die Versammlung beauftragte, eine Kommission von Kohlenarbeitern zu der Firma zu senden, welchen Auftrag der Vorstand — um einen Streik zu vermeiden — unterstützte; doch die Firma wollte keine Deputation empfangen. Darauf wurde der Streik proklamiert. Es beteiligten sich 1200 Mann. Jeden Tag wurde versucht, mit der Firma in Verbindung zu treten, so gar die Schiffsarbeitervereinigung (Verbund der Reeder und Verfrachter) bot ihre Vermittlung an, aber die mächtige Kombination von Kohlenbaronen verlangte die bedingungslose Wiederaufnahme der Beschäftigung, danach „wollten sie dann mal sehen“. Am Montag, den 22. April, wurden 300 deutsche Streikbrecher herangezogen, so daß sich dadurch die Situation verschärfte. Die übrigen Hafenarbeiter waren vorbildlich soldatisch und weigerten sich, die Kohlen der Steinkohlen-Handelvereinigung zu verarbeiten. Die Kohlenträger (der Funkenabteilung) wurden ausgesperrt, um zu verhindern, daß diese sich den Streikenden anschlossen. Es häuften sich die Arbeit mehr und mehr und die Stagnation im Hafenbetrieb nahm einen ersten Charakter an. Als die Arbeitgeber nicht für eine Unterhandlung oder Intervention zu haben waren, wurde S. v. d.

Berg nach England abgehandelt, um die Unterstützung der englischen Transportarbeiter anzurufen, die sich auch bereit erklärten, solche zu geben. Am 16. Streittag erklärte sich die Firma bereit, eine Kommission aus den Reihen der Streitenden zu empfangen und mit dieser die Bedingungen für die Aufhebung des Streiks zu besprechen, wonach die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Die Verhandlungen wurden unmittelbar begonnen und mit einem günstigen Ausgang beendet. Die meisten Punkte wurden bewilligt und die Punkte, die zurückgestellt wurden, um diese mit den Interessenten vom Kohlenyndikat zu besprechen, sollen bis zum 15. Juni geregelt werden. Diese Aktion, die ein Spiegelbild war von ruhigem und diszipliniertem Auftreten, hat das Organisationsbewusstsein unter den Hafenarbeitern wieder geweckt. Die Organisation hat nach dem Streik an Mitgliedern zugenommen. Nach den Jahren der Erschlaffung und Reaktion gehen wir einer besseren Zukunft entgegen. Wir sind denn auch von den besten Hoffnungen besetzt.

Nachmals die bedauerndsten Vorgänge unter den Hafenarbeitern in Holland. Kollege v. d. Berg in Rotterdam, der auch vielen unter uns gut bekannt ist, wendet sich in einem längeren Schreiben an uns und erklärt darin, daß der von uns angeführte Fall sich zugetragen habe, aber nicht von Bedeutung sei, da die beiden „Kampfhähne“ bald wieder freundschaftlich miteinander verkehrten. Auch unsere anderen Bemerkungen über das Benehmen der „Freien“ in den Versammlungen fallen daneben, denn niemals sei man gegen die „Modernen“ handgreiflich geworden. Gut, wir wollen das v. d. Berg glauben, um nicht den Faden weiter zu spinnen, aber wir sind dennoch im Besitz einiger Fälle, nämlich von der Zeit an, wo in der bekannten Weihnachts-Verbandsstimmung in Amsterdam der nach Amerika ausgewanderte „freie“ Hoeber dem Vorsitzenden Molendijf den Schädel einschlagen wollte, daß wir unwillkürlich zu der von uns geäußerten Auffassung kommen mußten. Bei den gewerkschaftlichen Zusammenkünften, woran wir als Mitglieder des Zentralrats teilnahmen, ging es immer sachlich und ordentlich zu. Das können wir uns bestätigen. Ob das aber immer so der Fall ist, wenn die „feindlichen“ Brüder unter sich sind, müssen wir nach den uns bekannten Fällen bezweifeln. Möglicherweise, daß ein wenig „Leben in der Bude machen“ in Holland so üblich ist. Andere Länder, andere Sitten!



Breslau. Die Sektion Kinoangestellten Breslau ist eine Vereinigung aller im Kinotheater beschäftigten Personen, die sich zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Macht dem Deutschen Transportarbeiterverband angeschlossen haben. Die Eringung wirtschaftlicher Vorteile, auskömmliche Bezahlung, anständige Behandlung seitens der Chefs resp. Geschäftsführer sowie Bewilligung eines freien Tages im Monat, das sind die Hauptpunkte unseres Programms. Die Lage der Angestellten ist keineswegs so glänzend, wie im Publikum vielfach angenommen wird und das liegt zum größten Teil an der Gleichgültigkeit, Interessenslosigkeit und dem Standesbündel der Angestellten selbst. Die eleganten Livrees der Portiers und Platzanweiser, die tadellosen Fracks und Smoking der Regitratoren stehen in einem schlimmen Kontrast zum Gehalt. Das wollen Viele aus falschem Schamgefühl heraus nicht zugeben, aber leider ist es so. Mancher glaubt es mit seinem Standesbewußtsein nicht vereinbaren zu können, an der Seite des Platzanweisers, Portiers, Vorkühlers oder Kassierers für die Bewilligung eines freien Tages im Monat oder sonstige Verbesserungen beim Chef vorstellig zu werden. Standesbündel, durch nichts gerechtfertigt, oft auch kleinliche Eifersüchteleien unter dem Geschäftspersonal erschweren den Kampf um Verbesserungen ungemessen, zur größten Befriedigung der Unternehmer, die gerade durch die Uneinigkeit der Angestellten in jedem Einzelnen ein willenloses Werkzeug ihrer Machtgelisten besitzen. Ist es nicht geradezu beschämend, daß um den freien Tag im Monat oft bittere Kämpfe geführt werden müssen, eine so selbstverständliche Forderung, die heute jeder Industriearbeiter schon in jeder Woche genießt, auf den doch die Kinoangestellten verächtlich herabblicken. Die Kinoangestellten werden noch lange warten müssen, ehe hier die Befehdung helfend eingreift, zur Ehre wird es ihnen nur gereichen, wenn sie sich das durch engen Zusammenschluß in der Organisation selbst erkämpfen.

Die Bezahlung der Regitratoren entspricht oft nicht den gestellten Anforderungen. Besonders in den von der Arbeiterchaft stark besuchten Vorstadtkinos werden wahre Hungerlöhne gezahlt. Dabei hat der Angestellte eine geradezu phänomenale Vielfältigkeit zu entwickeln. Dramatische sowie humoristische Erklärung, Imitation der Damenstimme, Willektontrolle, Portierdienste, Transport der Filme bei Programmwechsel, das sind die Arbeitsleistungen eines Proletariats im Stehtragen und Wandschichten für 25 Mk. auf 7 Tage gleich 50 Stb. (Sonntag 8 Stb.), hinzu kommt dann noch die Probe wöchentlich 2 mal 8 Stb. Den Klavierspielern geht es nicht viel besser, auch hier wird eine außergewöhnliche Technik und Phantasie verlangt. Der Vorkühler, der wohl unbestritten die größte Verantwortung trägt, verbringt seine Arbeitszeit vielfach in käfigähnlichem Kästen, die ein Hohn auf alle Vorschriften der Hygiene sind. Die Portiers und Platzanweiser, die in vielen Fällen auch die Säuberung des Theaters auszuführen haben, arbeiten oft für wahre Leinwand. Das alles nur, um den Profit des Unternehmers in keiner Weise zu schmälern. Dabei sehen wir, daß auch auf diesem Gebiete das Großkapital immer mehr Terrain erobert.

Große Gesellschaften breiten sich über das ganze Reich aus und errichten an allen Plätzen Geschäfte. Darum, Ihr Kinoangestellten, laßt allen Standesbündel fallen, tretet ein

in die Sektion der Kinoangestellten des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, der Euch an allen Orten Unterstützung und Stellenvermittlung bietet, wie es kein anderer sogenannter Berufsverein imstande ist.

Darum nützet die Zeit, holt die Säumnigen und Gleichgültigen herein. Vereint seid Ihr eine Macht, vereinzelt nichts!



Mischerleben. Vor einiger Zeit wurde den Kutschern der Firma E. Hobra ein Kontrakt übergeben, welcher wegen seiner Einseitigkeit an sich ein Unikum ist. Neben diesem Monstrum von Kontrakt ist den Kollegen aber auch ein Hofmeister beschieden worden und dieser Herr ist der Gegenstand unserer heutigen Kritik. Bevor dieser Vorgesehete herein geschnitten kam, war es den Leuten noch möglich, längere Zeit bei der Firma zu bleiben, was jetzt fast ausgeschlossen ist. Die Strenge, mit welcher dieser Herr regiert, buchst nach dem Kafernenhof. Wir stehen ebenfalls auf dem Standpunkt, daß in einem Betriebe Ordnung sein muß, stehen aber auch dafür, daß ein Mensch als solcher behandelt wird und dieses ist es, was seitens des Hofmeisters der Firma nicht geschieht. Den Arbeitern der Firma Hobra aber rufen wir zu (organisiert euch, so werdet ihr nicht nur einen solchen Kontrakt zurückweisen, sondern auch dem Hofmeister ein Paroli bieten können. Sonst müßt ihr euch die Schuhriegel auf immer gefallen lassen.

Bernburg. Trotz jahrelanger eifriger Agitationsarbeit war es bis vor kurzem nie recht möglich, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen durchzubringen. Hier am Orte werden noch Wochenlöhne von 13,50 Mk. bis 21 Mk. gezahlt, die ganz bringend einer Verbesserung bedürfen. In mehreren Versammlungen wurde nun den Kollegen plausibel gemacht, was geschehen müsse, um eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Endlich wurde die Mühe und Arbeit der Verwaltung durch einige kleine Erfolge belohnt. Die Expeditionsfirma Albert Gause bewilligte ihren Arbeitern und Kutschern eine wöchentliche Lohnzulage von drei Mark. Die Firma W. Spengler 2 Mk. Viele Betriebe wiesen unsere Forderungen schroff zurück und die Kollegen waren leider nicht einig und mutig genug, um gegen solche Brückierung entsprechend zu antworten. Es muß also zur Klärung der Kollegen noch viel mehr als bisher geschehen. Um dies zu ermöglichen, müssen aber die Kollegen selber eifrig bestrebt sein, die Versammlungen zu besuchen und die Indifferenten dem Verbanne zuzuführen. Einigkeit und Geschlossenheit ist die Voraussetzung jeden Kampfes; deshalb gilt es, das Solidaritätsgefühl in den Kollegen auszufrägen, damit sie im gegebenen Falle auch ihren Mann stellen und nicht feige die örtliche Verbandsleitung im Stiche lassen.

Blankenburg (Harz). In unserm herrlich gelegenen Kurort, wo wir wohl die würdige Luft des Harzes, sonst aber sämtliche Unannehmlichkeiten genießen, mit denen ein Berufscollege nur irgendwie belastet sein kann, wirds lebendig. Und nicht nur, daß die Sommerfrischler, die es dazu haben, Leben nach Blankenburg zu bringen — auch unsere Kollegen erwachen. Bereits in zwei gutbesuchten Versammlungen hat der Gauleiter den Kollegen auseinander gesetzt, in wie unwürdigen Verhältnissen sie leben und daß sie Solidarität üben müssen, wenn sie wollen, daß diese elenden Verhältnisse gebessert werden. Und nicht umsonst waren diese Versammlungen. Sämtliche Anwesenden, so weit sie nicht schon Mitglieder einer anderen Organisation waren, bewirkten ihre Aufnahme in den Verband. Bereits am Anfang eine erkleckliche Zahl, wird und muß diese Zahl wachsen, bis der letzte Kollege seiner Pflicht nachkommen und in die Reihen der für ihre Rechte als Arbeiter kämpfenden Brüder eingetreten ist. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit aller derer, die jetzt Verbandsmitglieder geworden sind.

Deshalb Kollegen, tut eure Schuldbigkeit Mitleid die Säumnigen auf und laßt nicht nach, bis wir sagen können: Auch der Letzte der Unserigen hat seine Gleichgültigkeit abgeschüttelt, auch er ist geworden ein zähes, festes, dauerndes Glied in der großen Kette der Gewerkschaftsbewegung; er ist geworden ein Kämpfer für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufscollegen, seiner eignen und somit auch derer seiner Familie.

Chemnitz. Das Fehlen fester Kutschersitze und zweckmäßig angebrachter Schließzeuge an den Wagen bringt den Geschirrführer tagtäglich in die größten Gefahren und trägt zur Steigerung der ohnehin erschreckend hohen Unfallziffer, die der Kutscherverberuf aufweist, in ganz bedauerlichem Maße bei. — Wenn es schon an sich ein Unding ist, daß ein Kutscher den ganzen Tag über neben dem Fuhrwerk herlaufen kann, weil ihn das allzusehr ermüden würde, so wird das durch den sich fortgesetzt steigenden Straßenverkehr in der Großstadt, zumal an besonders stark frequentierten Stellen, einfach zur Unmöglichkeit. Um nicht von anderen Fahrzeugen überfahren zu werden, muß sich der Geschirrführer auf seinen Wagen retten. Eine Sitzgelegenheit ist demnach auf jedem Wagen eine unabweisbare Notwendigkeit und sollte eigentlich als ein ebenso unentbehrlicher Bestandteil des Wagens gelten, wie etwa die Deichsel. Aber weit gefehlt. Die Kutschersitze sind in Chemnitz, zumal an Lastwagen, vollständig ver-

nachlässigt und der aufmerksame Staßenpassant kann fortgesetzt beobachten, in welcher gefährlichen Stellung die Kutscher auf dem Wagen hocken. Auf den Mangel eines geeigneten Sitzes ist nun wieder ein Unfall zurückzuführen, der am Sonnabend, den 1. Juni dem Kollegen Hofstad zugestoben ist, der sich als besonders schwerer Fall charakterisiert und den Betroffenen, wenn er überhaupt noch mit dem Leben davonkommt, zu dauerndem Siechtum verurteilt. — Bei dem Bemühen, während der Fahrt die Schleife anzuziehen, ist der auf der Deichsel stehende heruntergefallen. Der mit zwei Kubikmeter Lehm (zirka 30 Zentner) beladene Wagen ging über ihn hinweg. Der rechte Arm, der rechte Oberarm und der linke Fuß wurden dem Bedauernswerten zermalt.

Bereits zweimal schon hat die hiesige organisierte Transportarbeiterschaft — das letztmal 1908 — durch die Organisation an das Polizeiamt wohlbe-gründete Eingaben dahingehend gemacht, daß Vorschriften erlassen werden, jeden Wagen mit einem festen Kutschersitz usw. auszurüsten. Unter dem Vorgeben, daß Chemnitz zudiel „Spezialwagen“ habe, die eine solche Reglementierung nicht ohne weiteres zulassen, wurden wir abgewiesen. — Wann endlich wird man sich auch in Chemnitz polizeilicherseits dazu aufraffen, Anordnungen zu treffen, die sich zum Schutz von Leben und Gesundheit der Transportarbeiter, und ihre Zahl ist nicht klein, täglich mehre und mehr als zwingend notwendig herausstellen! — Die Unfallhäufigkeit und insbesondere die Schwere des hier besprochenen Falles wird für die hiesige Kollegenschaft ein neuer Ansporn sein, der überaus wichtigen Angelegenheit erneut die Aufmerksamkeit zuzuwenden und nicht eher zu ruhen, bis auch dieser Uebelstand restlos beseitigt ist.

Stalzkruhe. Fuhrmannsfreuden. Traurige Pfingsten hatte der bei der Firma Kunkel beschäftigte Kollege F. D., welchem am zweiten Pfingstfeiertage durch ein ausfallendes Pferd der eine Unterschenkel vollständig zertrümmert wurde. Schuld an diesem Unfall ist die mangelhafte Einrichtung des städtischen Viehwagens, welcher trotz der Unfallverhütungsvorschriften nicht mit einer Bremse versehen war. Am betreffenden Feiertage fuhr der Kutscher mit seinem Begleitmann die etwas abfallende Göttingerstraße nach Klippur zu. Durch das Fehlen der Bremse schob der Wagen dem Pferde hinten nach, wodurch dieses unruhig wurde und beim Aus schlagen zunächst den Kutschersitz zertrümmerte, weiter aber auch dabei das Bein des Fuhrmannes traf, welcher nun zum Krüppel geschlagen ist. Wir fragen an, wie es kommt, daß hier in städtischen Betrieben Wagen verwendet werden, die nicht einmal den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Wer wird den armen Fuhrnecht für die auszuwendenden Schmerzen und für seinen vollen Schaden entschädigen? Daß sich die Berufsgenossenschaft der Sache annehmen wird, bezweifeln wir, zum mindesten wird sie die Stadtverwaltung regreßpflichtig machen. Für die Gewerbeinspektion sollte dieses Vorkommnis aber gleichfalls ein Fingerzeig sein, dazu bestimmt, daß endlich Schritte getan werden, damit auch die Fuhrbetriebe und städtischen Betriebe der Gewerbeinspektion unterstellt werden.

Konstanz. Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die erst seit kurzem in unserem Verbanne organisierten Fuhrleute und Hallenarbeiter zustande gebracht. Lange Jahre waren die Kollegen unruhig und beschuldenden Dritten waren dabei die Unternehmer, welche mit den Arbeitern anfangen, was ihnen gerade beliebt. Der eine erhielt 6 Mark Lohn, der andere 8 Mark, verheiratete Leute wurden mit 18 oder 19 Mark, manchmal noch weniger eingestellt, von einer Lohnaufbesserung war keine Rede. Dabei wurden noch Abzüge für alles mögliche gemacht, mochte der Fuhrmann nun die Schuld tragen oder nicht. Die Lohnzahlung geschah nach dem Belieben des Unternehmers, der eine zahlte am Samstag, der zweite am Sonntag, der dritte überhaupt nicht aus. Daß diese Zustände auf die Dauer nicht haltbar seien, war für uns längst klar, aber sehr lange dauerte es, bis die Kollegen selbst dies einsahen. Endlich wurde es Licht und es gelang, die Fuhrleute zu ungefähr 90 pCt. zu organisieren, und vom 1. Juni an erhalten dieselben eine Lohnerhöhung bis zu 3 Mk. pro Woche. Durch Verhandlungen zwischen der Gauleitung und den Unternehmern gelang es ohne Streit, einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, wonach in den beiden größten Betrieben am Plage geregelte Verhältnisse geschaffen sind. Demnach beträgt der Wochenlohn bei dem Fuhrhalter F. Thürl für Ledige mit Kost und Logis 13 und 14 Mk., für die Verheirateten 23 und 24 Mk. Die Firma Senger u. Wuh, amtliche Güterbestätterei, bezahlt als Anfangslohn für Einpänner 22 Mk., für Zweispänner und Hallenarbeiter 23 Mk. Nach einjähriger Tätigkeit im Betrieb erhöht sich dieser Lohn um eine weitere Mark. Nachfahrten von 4 Uhr morgens resp. nach 7 Uhr abends werden mit 50 Pfg. pro Stunde entschädigt. Für das Giltzufahren am Sonntag werden gleichfalls 50 Pfg. bezahlt. Die Lohnzahlung ist wöchentlich am Samstag und demgemäß wurde auch die wöchentliche Kündigungsfrist vereinbart. An Versicherungsbeiträgen kann die Firma Senger u. Wuh den Betrag von 40 Pfg. pro Woche vom Lohn abziehen, während Thürl dieselben ganz bezahlt. Wichtig ist auch die Bestimmung, daß bei ärztlich bescheinigter Krankheit bis zu drei Tagen kein Lohnabzug gemacht werden darf. Der Vertrag bei Senger und Wuh ist auf zwei Jahre, der bei Josef Thürl auf ein Jahr abgeschlossen. Auch einige Kutschereierbeiräte und Kohlengefäßhaber auf den Antrag des Verbandes hin eine Lohnaufbesserung vorgenommen, mit den gesamten Kohlenhandlungen soll Anfangs Herbst ein besonderer Tarif vereinbart werden, doch ist Voraussetzung, daß die

Arbeiter möglichst eines jeden Betriebes in unserem Verband organisiert sind. Die Lohnforderungen für die Möbeltransportarbeiter wurden fallen gelassen, da sich diese nicht in genügender Anzahl beteiligt hatten. Alles in allem genommen, können wir mit unserem ersten Erfolg in Konstanz zufrieden sein. Es gilt nun, die Organisation auszubauen und die Lässigen und Interesselosen aufzuklären, damit sie sich nicht auf die Dauer in das Nest setzen, das ihnen andere gemacht haben. Die Unternehmer waren so verständlich, sich in friedlicher Weise mit der Organisation auseinander zu setzen, die Berechtigung der gestellten Forderungen konnten sie nicht abstreiten, jedoch war es nicht möglich, dieselben voll durchzusetzen. An unseren Kollegen liegt es, nicht nur die Kollegen in der Stadt selbst, sondern auch die von der näheren Umgebung dem Verbandsbezug zuzuführen, insbesondere ist es wünschenswert, daß dem schweizerischen Bruderverband bei seiner Agitation in Kreuzlingen die tatkräftige Mithilfe nicht fehlt, damit auch dort endlich einmal die vorläufigen Zustände verschwinden.

In Neustadt a. d. Elbe bestehen bezgl. der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Transportarbeiter Zustände, die dringend der Verbesserung bedürfen. Unser Verband hat aus diesem Grunde in Neustadt mit einer regen Agitation unter den Fuhrleuten eingegriffen, welche auch, getrieben durch ihre traurige Lage, den Organisationsgedanken zu ihrer wirtschaftlichen Befreiung aufnahmen. Diese Tatsache scheint einigen Herren Fuhr- und Klavenhaltern gehörig in die Nase gefahren zu sein. Statt aber die Zustände bessern zu helfen, sahen sie mit fanatischem Eifer nach evtl. Auführern und Hebern. Dieser blinde Eifer schreckt selbst vor Verleumdung und Bedrohung anständiger Arbeiter nicht zurück. So äußerte sich ein ganz besonders eifriger Herr N. dem Maurermeister H. gegenüber bezgl. eines organisierten Transportarbeiters, welcher am Güterbahnhof mit Holzabladen beschäftigt war, in dessen Hörweite wie folgt: „Wenn ich den allein hier hätte, würde ich ihn vom Wagen herunterholen und unter die Räder werfen. — Wenn ich den Krümmen Spibuben alleweil hin hätte,“ erlaubte sich derselbe Herr am Pfingstmontag hinter dem vorüberreitenden Fuhrmann dreinzurufen. — Wirklich ein gebildeter Mann, dieser „Herr“. Was würde wohl geschehen, wenn der beleidigte und bedrohte Arbeiter sich auf der Stelle revanchierte? Glücklicherweise sind die beleidigten Arbeiter anständig, wie ihre Beleidiger und Bedroher. Wenn die Herren in Neustadt a. d. Elbe glauben, durch gewalttätige Missetaten den Organisationsgedanken zu unterdrücken, sollen sie sich schwer irren. Solches Verhalten muß schließlich den letzten Arbeiter aufklären, für welche Sorte Menschen er seine Arbeitskraft gegen Hungerlohn und schlechte Behandlung opfert. Darum hinein in die Organisation, Ihr Fuhrleute und Transportarbeiter, damit Herr N. bald die gebührende Antwort für sein Verhalten gegeben werde.

Binneberg. Der Streik der Rutscher in Binneberg hat ein vorläufiges Ende gefunden. Der Geldbad der Holzfirma Warncke in Gemeinschaft mit den arbeitswilligen Helfern hat die kleine mutige Schar der Streikenden diesmal niedergeworfen. In letzter Stunde hat der Bürgermeister, auf Intervention des Gauleiters, zwischen den Parteien verhandeln wollen und auch eine Konferenz mit den Arbeitgebern gehabt. Diese aber setzten sich auf das hohe Pferd und erklärten, ihre Betriebe seien mit „guten Leuten“ besetzt. Ueber die Qualität der von auswärts herangeholten „guten Leute“ braucht man mit den Arbeitgebern nicht zu streiten. Es wird sich zeigen, wie bald man die alten Arbeitskräfte wiederzuerlangen sucht. Wären die meisten Firmen nicht von der Holzfirma Warncke abhängig, die Verhandlungen mit der Organisation zu vereiteln wußte, so hätte der Kampf noch einen anderen Verlauf genommen. In der Färberei Magin hatten sich sechs Arbeiter und 12 Arbeiterinnen mit den Streikenden solidarisch erklärt. Die Hausreiferinnen sind dort von Frau Behrens aus Altona,

Paulstraße 20, 2. Etage, angelehnt worden, so daß sich der Betrieb notdürftig aufrecht erhalten läßt. Zur großen Verwunderung der Streikenden gestattete die Polizei, daß drei und vier Wagen hintereinander gehängt wurden und Wagen nacheinander auf den Straßen stehen bleiben durften. Ein Fuhrmann behielt seinen Knaben aus der Schule zu Haus und ließ ihn als Rutscher fahren. Zu alledem staute die Arbeit in letzter Zeit ab, so daß für die Streikenden keine Aussicht blieb, in Wälden den Kampf siegreich zu beenden. Doch aufgeschoben, ist nicht aufgehoben und selbst die schwerreiche Firma Warncke wird nicht hindern können, daß die Binneberger Rutscher ihre Bewegung zu gelegener Zeit wieder aufnehmen und sie dann zum siegreichen Ende führen. Um die Fuhrherren W. Schmidt, Koppelstraße und L. Schwardt mit den „guten Leuten“ nicht zu stören, sind sie von der Organisation gesperrt, die alle Rutscher auffordert, bei den Bezeichneten nicht in Arbeit zu treten.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 18. Mai d. J. in Zirndorf (Mittelfranken). Bevollmächtigter: Joh. Schmidt, Mühlstraße 399; Kassierer: Gustav Ortel, Fährstraße 300. Abhandeln gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder: In Berlin: Bruno Demle, Spt.-Nr. 41 430, eingetr. 2. 11. 1909; Paul Mielert, Spt.-Nr. 63 575, eingetr. 18. 7. 1909; Paul Wittwer, Spt.-Nr. 79 621, eingetr. 17. 7. 1911; Karl Abraham, Spt.-Nr. 54 299, eingetr. 20. 12. 1906; Gustav Währ, Spt.-Nr. 63 287, eingetr. 5. 11. 1911; Reinhold Gust, Spt.-Nr. 75 024, eingetr. 2. 6. 1911; Viktor Malina, Spt.-Nr. 11 363, eingetr. 20. 11. 1905; Herm. Müller, Spt.-Nr. 82 664, eingetr. 10. 2. 1912; Georg Simpel, Spt.-Nr. 83 479, eingetr. 19. 2. 1912; Friedrich Wierwitzer, Spt.-Nr. 79 199, eingetr. 2. 8. 1911; laut Mitteilung aus Tries: Oskar Ludwig, Spt.-Nr. 257 343, eingetr. 27. 7. 1910 in Gotha.

In Leipzig: Robert Köhler, Spt.-Nr. 30. 4. 1911. Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden auf Grund § 3, Absatz 7a und b des Verbandsstatuts nachstehend genannte Mitglieder:

In Berlin: Richard Wod, Spt.-Nr. 1387; Karl Klein, Spt.-Nr. 3710; Max Lindstedt, Spt.-Nr. 72 721; Otto Wöble, Spt.-Nr. 58 693; Hugo Wilm, Spt.-Nr. 33 268.

In Delitzsch: Friedr. Aug. Senze, Spt.-Nr. 231 909.

In Dresden: Hermann Breischneider, Spt.-Nr. 153 372; Dito Rothfeld, Spt.-Nr. 155 288

In Frankenthal: Joseph Damm, Spt.-Nr. 249 288.

In Halle a. S.: August Brandt, Spt.-Nr. 201 866; Karl Eder, Spt.-Nr. 200 069; Wilhelmine Fänke, Spt.-Nr. 202 599; Friedrich Senf, Spt.-Nr. 201 879.

In Leipzig: Carl Spaltenholz, Spt.-Nr. 92 087.

In Memmingen: Lukas Mehlau, Spt.-Nr. 282 322.

In Stettin: Hermann Lews, Spt.-Nr. 308 975; Wilhelm Krüger, Spt.-Nr. 309 656.

Das Mitglied Richard Küster, Spt.-Nr. 329 814, eingetr. in Leuchtern, ist von dort unter Mitnahme des gesamten Kassenbestandes, sowie sämtlicher Beitragarten und Quittungen abgereist. Sollte sich Küster irgendwo melden, ist ihm das Verbands-

buch abzunehmen und unter Angabe seiner jeweiligen Adresse an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand, F. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Fakultative Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Kassenbericht pro 1. Quartal 1912. Einnahme.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Rows include 'An Kassenbestand am 1. Jan. 1912', 'An Eintrittsgebühren', 'An Wochenbeiträgen', 'An Rückwärtende u. Jahresbeiträge', and 'An Rückzahlungen'. Total 'Einnahme' is 11416.75, total 'Ausgabe' is 64399.65.

Table titled 'Bilanz' showing 'An Einnahme' (12426.45 M.), 'Per Ausgabe' (3200.64 M.), 'An Mehrerinnahme' (9225.81 M.), and 'An Bestand am 1. Januar 1912' (51973.20 M.). Total 'Bestand am 31. März 1912' is 61199.01 M.

Der Kassenverwalter: Richard Nürnberg. Die Revisionskommission: Berthold Streitner, Hugo Suhr, Adolf Wied, Karl Mühlhahn, Julius Schramm.

Berechnung der Verwaltungsstellen der fakultativen Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 1. Quartal 1912.

Large table with columns for 'Einnahme' (Eintrittsgebühren, Wochenbeiträge) and 'Ausgabe' (Kassenbuch, 1. Saffman, Haftpflicht, etc.). Rows list various locations from Berlin to Hamburg. Total 'Einnahme' is 11416.75, total 'Ausgabe' is 64399.65.